

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Hierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
betragt für die sechsgepaltenen Kolonnen
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 5. Oktober 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Ein Hirten schreiben gegen die Arbeiter.

Nach katholischen Blättern ist am 22. August in Fulda ein gemeinsames Hirten schreiben der preussischen Bischöfe vereinbart worden, das sich mit der sozialen Frage sowie mit den katholischen Arbeitervereinen und Verbänden befaßt.

Im Anschluß an die päpstliche Enchiridion vom 17. Mai 1891 über die soziale Bewegung wird als der Hauptzweck der katholischen Arbeitervereine die Verwirklichung der Frömmigkeit gefordert und weiter ausgeführt:

Die Vereinsmitglieder müssen belehrt und gewöhnt werden, alle ihre Arbeiten, Bestrebungen und Interessen vom religiösen Standpunkte aus zu betrachten. Für katholische Arbeiter und für katholische Arbeitervereine giebt es keine andere Norm als jene, welche die Lehre unserer heiligen Kirche bietet.

Nach diesen unansehnlichen Grundsätzen ist es irrig, zu behaupten, daß wirtschaftliche Bestrebungen, z. B. die Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, mit der Religion nichts zu thun haben und folglich ohne Rücksicht auf die Lehren Jesu Christi und seiner Kirche beibehalten werden können.

Diese Bemerkungen mögen genügen, um Euch, ehrwürdige Mitbrüder, auf einen Irrtum aufmerksam zu machen, der, eingeleitet von dem ungeduldigen Verlangen, die Wünsche der arbeitenden Massen rascher zum Ziele zu führen, unter dem Schein einer kraftvollen, natürlichen Religion die Grundsätze des katholischen Glaubens aus den wirtschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter verbannen will.

Die Mitbrüder werden dann „gebeten und beschworen“, an diesen Grundsätzen einer katholisch-dogmatischen Arbeiterbewegung unverrückbar festzuhalten, und es werden zum Schluß den Vereinsleitern Anregungen unterbreitet, wie sie ihren Pflichten gegen die katholische Kirche gerecht werden könnten.

Wir billigen diesen Zug der heutigen Arbeiterbewegung vollkommen und halten diese Bestrebungen für ganz gerechtfertigt und den Interessen des Arbeiterstands entsprechend.

Es ist kein Zufall, daß die preussischen Bischöfe zu ihrem Hirten schreiben gerade in einer Zeit sich veranlaßt fühlen, in der die Realitätsfrage der Gewerkschaften in breiter Weise gerade in den katholischen Arbeitervereinen erörtert wird.

schlossen auftretende Unternehmertum überhaupt niemals Erfolge erzielen. Kamenlich bahnt sich seit einiger Zeit in Rheinland-Westfalen ein engeres Zusammengehen der Vergarbeiter-Organisationen an.

Diese Annäherung der christlichen Vergarbeiter-Organisationen an die freien Gewerkschaften wird im Lager des Centrums mit großer Besorgnis verfolgt, es fühlt förmlich, wie die katholischen Arbeiterverbände seiner Herrschaft entgleiten.

Wenn nun die preussischen Bischöfe gerade jetzt ihr Hirten schreiben für nötig erachten, so geschieht es in der Erkenntnis, daß die Gefahr eines Zusammengehens der katholischen mit den freien Organisationen der Arbeiter näher gerückt ist.

Den Unternehmern gegenüber schlägt also die katholische Kirche eine gänzlich entgegengesetzte Taktik ein, wie gegenüber den Arbeitern. Es ist gar kein Zweifel, daß die preussischen Bischöfe mit ihrem Hirten schreiben im Kampf zwischen Kapital und Arbeit sich auf die Seite des Unternehmertums gestellt haben.

Mit dem wahrhaften Christentum verträgt es sich nicht, im Kampf zwischen Unternehmertum und Arbeiter sich offenkundig auf Seite des Kapitals zu stellen. Die grundlegenden Bahnen eines Ketteler, Roussang und Windthorst können heute, nachdem die katholischen Gewerksvereine vielfach fast bis zur vollen Erkenntnis ihrer Klassenlage ausgewacht sind, nicht mehr in eine andre Richtung geleitet werden.

Nach den katholischen Traditionen war ein eventuelles Zusammengehen der verschiedenen Arbeiterorganisationen nicht ausgeschlossen. Ja, principiell war sogar die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation ohne Rücksicht auf religiöse und politische Befehrmittel sämtlicher Arbeiter anerkannt.

Die Grundsätze der modernen Volkswirtschaft hatten die entgegengesetzte Wirkung bezüglich der Menschenkraft in dem Arbeiter und der Geldmacht in der Hand des Kapitalisten. Der Arbeiter mit seiner Kraft wurde isoliert, die Geldmacht dagegen wurde centralisiert.

Dann allerdings wendet sich Ketteler gegen die regierungsfeindlichen Führer des Arbeiterstandes, aber nicht um gegen die bestehenden Koalitionen zu neuer Sonderorganisation aufzurufen, sondern nur um die Arbeiter zu warnen vor der Gefahr, diese Führer könnten zu Verführern werden.

Es wäre eine große Thorheit, wenn wir uns diesen Bestrebungen fremd gegenüber verhalten wollten, weil in diesem Augenblick die Anregung zu denselben vielfach von Männern ausgeht, die dem Christentum entfremdet sind.

Wie man sieht, steht Ketteler, der Gegner der Socialdemokratie, auf dem durchaus richtigen Standpunkt, daß in wirtschaftlichen Fragen die Arbeiter sich unbedingt unabhängig von konfessionellen Rücksichten in einer einheitlichen geschlossenen Organisation zusammenfinden müssen.

Die verschiedenartige Behandlung auf der einen Seite des Unternehmers, auf der andern Seite des Arbeiters wird jedem in die Augen springen, so weit er nicht etwa noch der stummen Anschauung huldigen sollte, daß die Arbeitgeber zum Herrschen, die Arbeiter dagegen nur zum blinden Gehorchen geboren seien.

Die Mehrung der Blutschuld.

Die plötzliche Schwänkung der deutschen Chinapolitik wird nun auch von der „erzühften“ politischen Presse bemerkt, so von der „Freisinnigen Zeitung“, die zuerst nur das Christliche des kaiserlichen Schreibens gelehrt hatte.

Das heißt: die deutsche Regierung hat sich die — amerikanische Politik zu eigen gemacht, die eben noch von den Offizieren als ein Gipfel weltpolitischer Unfähigkeit verhöhnt worden ist.

Sehr angenehm ist natürlich den Offizieren die Sache nicht, und so telegraphiert so einer an die „Adlische Zeitung“ wie folgt seine nervöse Aufregung:

„Der „Vorwärts“ heizt jedesmal eine kanibalische Freude, wenn er zu Recht oder Unrecht glaubt, daß die deutsche auswärtige Politik in eine ungünstige Lage geraten sei.

Der Zickzackkurs, der in der inneren Politik ratlos zwischen wilder Scharfmacherei und gemüthlichem Behalten taumelt, hat sich jetzt auch in der auswärtigen Politik gezeigt.

Zugleich hat sich Graf Bülow, der verantwortliche Redacteur des unglückseligen Auslieferung-Mafes, in den neuen Stand der Dinge gefunden und läßt durch die „Nord. Allg. Zeitung“ das Folgende verkündigen:

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Staatsminister Graf v. Bülow, hat am 1. d. M. nachstehendes Telegramm an die kaiserlichen Votschaften in London, St. Petersburg, Wien, Washington und Rom und an die kaiserliche Gesandtschaft in Tokio gerichtet:

„Der kaiserl. Regierung ist durch Cheng Tantai in Shanghai ein angebliches Edikt des Kaisers von China zur Kenntnis gebracht worden, worin die Bestrafung mehrerer mit Namen aufgeführter Prinzen und Großwärtenträger wegen Begünstigung der Boxer angeordnet wird.

zugegangen ist. In Voraussetzung der Echtheit des Edikts, welche wir unsrerseits bis auf weiteres nicht in Zweifel ziehen wollen, würden wir darin einen ersten Schritt erblicken können, um zu einer brauchbaren Basis zur Wiederherstellung geordneter Zustände in China zu gelangen. Die kaiserliche Regierung schlägt deshalb den Mächten vor, sich nunmehr dahin zu einigen, daß die diplomatischen Vertreter in China angewiesen werden, zu prüfen und zu begutachten:

1. Ob die im Edikt enthaltene Liste von strafbaren Personen genügend und richtig ist;
2. ob die in Aussicht gestellten Strafen angemessen sind;
3. in welcher Weise die Ausführung der Bestrafung von den Mächten zu kontrollieren ist.

Den Mächten wird hier also nur noch — „nunmehr“ sagt Graf Wilow in stillschweigendem Selbstverrat des Umschwungs — angetragen, Kontrolle auszuüben, ob die von China verfügten Bestrafungen genügen. —

Das Wollische Bureau wird sich diesmal wohl nicht irren, wenn es der neuen Wollischen Circularnote hinzufügt, daß über sie unter den Mächten allseitiges Einverständnis herrschen dürfte.

Das Edikt des Kaisers von China, auf das sich die Wollische Note bezieht, lautet:

„Der Thron sei an der Sage unschuldig, sie sei vielmehr dadurch hervorgerufen, daß Prinzen und Großwürdenträger die Wogez begünstigt hätten. Jene Prinzen daher bestraft werden. Unter den Schuldigen werden die Prinzen ersten Ranges Chuang, Tai Hsin und Tjo Ching aufgeführt und ihres Ranges und ihres Amtes für verlustig erklärt. Der Prinz zweiten Ranges Xuan soll ebenfalls alle Ämter und Gehälter verlieren und dem Hofgericht zur strengen Bestrafung überwiesen werden. Ferner sollen der Herzog zweiten Ranges Tai Lang und der Vizepräsident des Censorats Ping-mu bestraft werden. Für den assistierenden Großfeldherr, Präsident des Justizministeriums Chaoschuchiao sollen das Censurat und die Minister eine Strafe als Warnung erhalten.“

Es ist in der That wahrscheinlich, daß sich die Mächte jetzt gemeinsam in Friedensverhandlungen einlassen werden. Kann man — unter der Voraussetzung, daß sie nicht zu neuen Landrübereien führen werde — diese Wendung der Dinge nur begreifen, so muß um so schärfer das Treiben der europäischen Truppen in China gebremst werden, die auch jetzt noch ihren Helmen an Niedermetzungen Halb- oder Ganz-Wehrloser beweisen. Es ist ein Hohm auf die Friedensverhandlungen, wenn diese Egge immer noch fortgesetzt werden, und alle die verführerischen Worte, die man jetzt hört, wegen Federleicht gegenüber den Thaten, die die Blutschuld Europas ins Angehen mehrten.

Es kann zu keinem gedeihlichen Frieden kommen, wenn in dieser Weise der Humensport getrieben wird, und die Chinesen müssen für alle Zeit einen unüberwindlichen Abscheu gegen diese fremden Krieger einfaugen.

Die Einigungs-Ansichten.

Aus Washington wird gemeldet: Man hat guten Grund anzunehmen, daß bald eine Annäherung unter den Mächten bezüglich der chinesischen Angelegenheiten erfolgen wird. Diese ermutigenden Ansichten haben durch die Uebereinstimmung, die jetzt in den Ansichten der Vereinigten Staaten und Deutschlands herrscht, zugenommen. Staatssekretär Hay hatte eine Konferenz mit dem deutschen Geschäftsträger, aus der hervorging, daß beide Regierungen das gleiche Ziel verfolgen.

Wogez-Jagden.

Aus Tientsin wird dem Deutschen Botenverein unterm gestrigen Datum telegraphiert:

Das erste und zweite Seebataillon haben am 1. Okt. die Wogez südlich von Peking auf der Linie nach Padingan angegriffen und zurückgeschlagen. Die Verluste auf deutscher Seite betragen zwei Tote und vier Verwundete, auf der Seite des Feindes 300 Tote und Verwundete.

Jurisdiktion der Truppen.

Eine vom 30. September datierte Depesche aus Tientsin besagt: General Chaffee und der russische Befehlshaber machten dem Feldmarschall Grafen Waldersee die Mitteilung von der Jurisdiktion ihrer Detachements aus Peking. Die Deutschen und die Engländer fahren fort, Truppen nach Peking zu senden.

Der Weltgeneralstimmus

beschäftigt sich nicht nur mit Papststreichen, Fodelzügen und Paraden, sondern auch mit Schriftstellerei. Kollege Waldersee hat während der Ueberfahrt nach China Reisebeschreibungen angefertigt, die bereits jetzt in einem Berliner Blatt auszugsweise veröffentlicht werden. Die Schöngelerei gehört neben andrem zum „neuen Kurs“.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 4. Oktober.

Wozu der Lärm?

Die zielsichere Art, mit der man in der letzten Zeit den besessenen Theaterparagraphe der lex Heinz durch originelle Censurmaßnahmen fröhlich hat auferstehen lassen, hat in der bürgerlichen Presse großen Lärm erregt. Je nach ihrer Einschätzung der Kunst beschäftigen sich die Blätter mit dem neuesten Schachmacherkurs der Theaterzensur. Die reaktionären Blätter, die unter Verzicht auf schöngelisches Gethue die dramatische Kunst mit als ihre dienstbare Magd oder den Schulmeister betrachten, der der Masse den Kateschismus und staatsverachtende Brandzüge einzuföhren hat, registrieren mit Bemerkung jeden Schwandarmreich der Censur. So erklärt die „Kreuz-Zeitung“, daß die Theaterzensur gegen früher nicht nur bedeutend verschärft worden sei, sondern sich auch auf dem richtigen Wege zu befinden scheint, um sowohl die Unsitlichkeit im engeren Sinn, wie auch die Klassenverfälschung von der Bühne zu verbannen. Andre reaktionäre Blätter sind ganz damit einverstanden, daß den politisch räsonnierenden Dichtern ein dicker Anebel zwischen die Zähne geschoben wird, allein sie genieren sich vor der Proklamierung der Gouvernantenmoral, die die „Kreuz-Zeitung“ und die ultramontane Presse in der Theorie verkünden. „Seid im Sittlichen nicht zimperlich“, schreiben zum Beispiel die „Hamburger Nachrichten“, die aber zugleich in den „Wobern“ ein Stüd erblicken, das die „wildesten revolutionären Leidenschaften zu entlammen“, ja „leicht erregbare Köpfe selbst bis zu verbrecherischen Entschlüssen fortzureißen“ vermöchte.

Die Uebersee- und Börsepressen endlich verlangen für die Kunst die fredericianische Geistesfreiheit, gegen Religion und bürgerliche Moral soviel Posheiten zu Markt bringen zu dürfen, um das mit gelbphilosophischer Bildung gefüllte Bankerpublikum des Parlets und des ersten Rangs angenehm zu fiheln. Gegen die Mundtotmachung einer aufstrebenden sozialen Dichtung würde auch diese liberale Presse, wenigstens über dem Strich, im Einzelfall nicht allzuviel einzuwenden haben.

Es wäre wahrhaftig nicht nötig, daß die Censur den deutschen Theaterkünstlern solche Schwierigkeiten in den Weg legt, sind si-

doch selbst schon von Natur und Verus äußerst zahme Leute, die sich selbst schon unter die eigne Censur ihrer Parteilosigkeit demütigvoll und tantienfreudig beugen. Unse zeitgenössische deutsche Dramatik hat völlig darauf verzichtet, die Bahndreherin lähner Gedanken zu sein. In der Behandlung der alten geschichtlichen Probleme reicht unsre deutsche Kunst bei weitem nicht an die Entschiedenheit und den Geist der ausländischen heran. Und die sozialen Probleme? Mit Recht konnte dieser Tage ein deutschschmelndes Litteraturblattchen die höhnende Frage aufwerfen, wo denn in Deutschland eine moderne sociale Dichtung vorhanden sei! Die liberale Presse verspottete, ignorierte und boykottierte die Mitte der achtziger Jahre emporstrebende junge Dichtung so lange, als sie einen sozialen, revolutionären Charakter trug, um sie zu umschmeicheln und aufzupäppeln, sobald sie sich zu den Fleischtöpfen der Bourgeoisie zurückgefunden und das wahre Wesen der Kunst im spielerischen Gesändel entdeckt hatte. Für die schrankenlose Freiheit dieser die Schranken der kapitalistischen Kesseltät obnehin so streng respektierenden Kunst einzutreten, legt der liberalen Presse auch nicht die geringste Selbstlosigkeit auf.

Den Goethebund konnten naive Leute für ein Erwachen der bürgerlichen Freiheit in der Kunst halten. Welchen Eindruck diese erhabene Aktion auf die regierenden Kreise ausgeübt hat, beweist so das neuerliche Vorgehen der Censur. Was der Goethebund nicht verhindern konnte, wird das Wegschrei der liberalen Presse auch nicht verhindern können. Das ist gewiß ein Jammer, allein unsre Vera der Weltpolitik hat uns so viel Kulturverwundigungen gebracht, daß wir das Beh der liberalen Presse kaum mit der verdienten Intenität zu teilen vermögen.

Es giebt nur eine Freiheit, und das ist die ganze fessellose Freiheit für jede ideale menschliche Bethätigung. Der Liberalismus aber will immer nur ein bißchen Freiheit — für sich selber. Die jetzigen Censurthaten wären unnötig, wenn wir nicht eine so jämmerlich selbe Bourgeoisie hätten. Es sind die Folgen der eignen Sünden, die man jetzt so laut bekennt. —

Kohlennot und Kohlenwucher.

Herr Vued, der Geschäftsführer des Centralverbands deutscher Industrieller hat in der „Deutschen Industrie-Zeitung“ einen Artikel über die Frage der Kohlennot veröffentlicht, der von den Schwedeburgischen „Politischen Nachrichten“ für interessant genug gehalten wird, abgedruckt zu werden. Der von der offiziellen Korrespondenz übernommene Artikel ist aber weiter nichts, als eine Verteidigung des unerhörten Wertezugs des Kohlenhandels.

Herr Vued vertritt die schamlos ausgeplünderten Konsumenten damit, daß unsre zur höchsten Leistungsfähigkeit angespannte industrielle Produktion auch wieder ein gemäßigteres Tempo einschlagen und damit auch die Preistreiberei des Wustschandels (s) ein Ende erreichen werde. Als Mittel gegen den Kohlenwucher wird also die industrielle Krise geriechen!

Dem Kohlenhändler, meint Herr Vued, könne man es nicht verargen, wenn es eine weitere Steigerung der Preise herbeizuführen luche, da viele Augenbeizer den nur menschlichen Wunsch hegten, sich für den flauerem Geschäftsgang der 70er und 80er Jahre schadlos zu halten.

Herr Vued bebauert auch die einjige lahme Maßregel, die die preussische Regierung gegen den Kohlenwucher ergriffen hat, indem sie den Tarif für ausländische Kohlen herabsetzte, angeblich deshalb, weil diese Maßregel doch wirkungslos bleiben werde. Wirkungsvollere Maßregeln vorzuschlagen scheint sich freilich Herr Vued. Und die „Pol. Nachr.“ brüden durch dederes Schwirgen ihre Uebereinstimmung mit Herrn Vued's Ansichten aus!

Dem Geschwäh des Geschäftsführers der Salobarone gegenüber seien einige Stellen aus einer Rede wiedergegeben, die Reichstags-geordneter Genosse Sachs am Sonntag in einer Vergarbeiter-versammlung bei Pwizden gehalten.

Redner sagte aus, daß zur Kohlennot auch der unheilvolle Chinaxamuel zum guten Teil beigetragen habe, denn es unterliege keinem Zweifel, daß die Ausweisung so vieler Kriegsschiffe europäischer Staaten mit Pochwienkohle und die Fällung aller europäischen Kohlenstationen auf den in Frage kommenden Wasserwegen von Einstuß auf die Kohlennot gewesen sind. Sei auch vielleicht ein teilweiser Mangel an Arbeitskräften vorhanden, so wisse doch jeder, der sich um die Dinge kümmert, daß gerade die Werkbesitzer die Kohlenförderung künstlich einschränken. So habe das westfälische Kohlenhändler die Jahre daher bis in die Sommermonate hinein allen seinen Werken eine prozentuale Förderereinschränkung auferlegt. Auch in den japanischen Steinkohlenwerken haben die Unternehmer den Arbeitermangel künstlich erzeugt, indem sie 400 der thätigsten Vergleute, von denen viele über 20 und 30 Jahre in der Grube geföhndet haben, unarmherzig auf's Pflaster warfen und sie zur Wortlosigkeit verdammten. Auch hierdurch sind weniger Kohlen gefördert worden.

Weiter sei auch die Kohlennot in Deutschland durch die Massenansuhr deutscher Kohle nach dem Auslande durch die Werkbesitzer Deutschlands bedeutend erhöht worden.

So seien in den ersten fünf Monaten dieses Jahres dreimal so viel Braunkohlen ins Ausland gegangen als im vorigen Jahr, nämlich 328 110 Doppelcentner, während im selben Zeitraum 1899 nur 83 310 Doppelcentner in Frage kamen. Dingenen sind in den ersten fünf Monaten dieses Jahres nur 24 Millionen Doppelcentner gegen 34 Millionen in 1899 nach Deutschland eingeführt worden.

Die gesamte Kohlenansuhr Deutschlands sei in den ersten sieben Monaten 1900 auf 88 Millionen Doppelcentner angewachsen, während sie 1899 im selben Zeitraum nur 77 Millionen Doppelcentner betragen habe. Und wie die „Kreuz-Zeitung“ neuerdings mitteilte, sei diese Ansuhr im August d. J. um 870 000 Doppelcentner höher als im vorigen Jahre.

Daß bei solchen Thatfachen die Staatsregierungen nicht eingegriffen haben und den Kohlenbaronen auch jetzt noch auf den Eisenbahnen billigere Ausfuhrtarife gewähren, sei eine unverzeihliche Unterlassungssünde. Es scheint, als ob für die Regierungsmänner an die einflußreichen Kohlenbarone gar nicht herangetrouten.

In der Schweiz werde der Doppelwagen deutscher Kohle thatsächlich 20 R. billiger verkauft als in Deutschland selbst; so iche die nationale Gesinnung dieser sich so national gebardenden Herren aus.

Selbst die Handelskammer zu Wiesfeld habe angerechnet, daß den preussischen Kohlenwerkbesitzern für die Ansuhr der deutschen Kohlen jährlich 2½ Millionen Gratifikationen in Gestalt der billigeren Eisenbahnfrachten vom Staat geschenkt werden. Die Regierungen seien verpflichtet, hier Wandel zu schaffen.

Die Ueberflüsse der Werke zeigten auch dem Blödesten, daß die Herren eine erstaunlich goldene Ernte auf Kosten der deutschen Kohlenkonsumenten machen.

Der Redner belegte diese seine Behauptungen mit Zahlen, die hauptsächlich der „Industrie“, einem Hochblatt der Reichendesther Westfalens, entnommen waren.

Die Bergwerksgeellschaft „Hibernia“, Herne, erzielte in den ersten sechs Monaten dieses Jahres einen Betriebsüberschuss von 5 200 173 R. gegen 3 596 240 R. in demselben Zeitraum 1899 und 2 830 800 R. im Jahr 1898.

Die Harpener Bergbau-A.-G. Dortmund hatte folgende Ueberflüsse:

1899/1900 12 400 390 R.; 1898/99 8 977 830 R.; 1897/98 7 787 800 R.; 1896/97 6 928 000 R. (Das Geschäftsjahr geht von Juli bis Juni.)

Die Gelsenkirchner Bergwerks-A.-G. erzielte in den ersten acht Monaten 1900 schon mehr Betriebsüberschuss als 1899 das ganze Jahr, nämlich 10 229 340 R. in den acht Monaten 1900, gegen 9 586 627 R. in 12 Monaten 1899.

Der Schweiher Bergwerksverein zahlte für das Geschäftsjahr 1899/1900 20 Proz. Dividende, während er 1898/99 nur 15 Proz. zahlen konnte.

Die Rechte „König Ludwig“ erzielte einen Betriebsgewinn im Juni 1900 von 111 084 R.; im Juni 1899 83 772 R.

Die Ausführungen unsres Genossen bestätigen nur die bekannte Thatsache der standalhen Ausplünderung der Konsumenten durch die syndicirten Kohlenbarone. Die Regierungen allein scheinen keine Ahnung von dem Umfang und der Hebelität dieses Wertezugs zu haben. Die Tarifverbilligung für ausländische Kohlen bezeichnet ja selbst Herr Vued als erfolglos. Erfolgreich würde eine Aufhebung der Tarifvergünstigung für die Kohlenansuhr, nötigenfalls ein Verbot der Kohlenansuhr und — eine Preisermäßigung der fiktalischen Gruben sein. Dazu wird die Regierung sich natürlich nicht entschließen, denn wo alles rafft, wie sollte da Herr Vued nicht mitraffen! —

Deutsches Reich.

Manneköll vor Fürstinnenthronen.

In der geheimen Sitzung, die der gestrigen öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung folgte, stand u. a. die Absendung eines Glückwunsches zum Geburtstag der Kaiserin auf der Tagesordnung. Die Stadtverordneten-Versammlung beschloß die Absendung einer solchen Glückwunschsadresse zu unterlassen.

Man wird sich über dies Wunder erheblich den Kopf gedreht. Sieht es doch fast so aus, als habe der Kommunalfreisinn endlich das längst geschwundene Mähdgen in irgend einem Jungbrunnen wiedergefunden und demonstrirte nun den verführten Manneköll wenigstens vor Fürstinnen thronen!

Hast könnte man auf den Verdacht geraten, das rote Hand habe auf die Beglückwünschung lediglich deshalb verzichtet, weil es die Kaiserin im Vorjahr vergessen hat, persönlich auf das Glückwunschsreiben der Stadtverordneten zu antworten, und weil statt dessen von dem Freiherrn v. Mirbach das folgende Schreiben eingekauft war:

„Ihre Majestät die Kaiserin und Königin hat zu Allerhöchst Ihrem Geburtstag die Glückwünsche der Stadtverordneten erhalten und mich allergnädigst beauftragt, Euer Hochwohlgeboren zu eruchen, Allerhöchst Ihren Dank zu übermitteln. Wenn die Stadtverordneten in ihrem Schreiben der Freude und dem Danke Ausdruck geben, daß Ihre Majestät in Dienste der werththätigen Liebe das Gute und Bole fördern konnte, so weiß doch Ihre Majestät, daß die Erfolge nicht erreicht worden wären ohne die vielseitige Unterstützung zahlreicher treuer Träger, Frauen und Jungfrauen weiter Kreise Berlins, durch deren ephbereite Thätigkeit außer reicher Hilfe für arme Kranke und Notleidende sich auch die kirchliche und seelsorgerische Verforgung der großen Waisenanstalten gütlicher zu gestalten begonnen hat. Um so schmerzlicher sind daher Ihre Majestät davon verführt, daß der durch die entgangenen und verführten Haltung der kirchlichen Behörden und des Magistrats zum Segen der Einwohner endlich angebahnte Ausgliche zur Beseitigung der pwhlichen Änner seit vielen Jahren bestehenden kirchlichen Schwierigkeiten von einer großen Zahl der Stadtverordneten nicht gefördert, sondern verhindert worden ist.“

Auch hat Ihre Majestät mit tiefem Schmerz davon Kenntnis genommen, daß vor kurzem in Euer Hochwohlgeboren Abwesenheit in der Stadtverordneten-Versammlung ein Lehrer der königlichen Universität, ohne in gebührender Weise zurückgemiesen zu werden, heilige evangelische und biblische Trosteworte in einer Weise zum Spott benutzte, welche jede Sitte, vor allem aber das christliche Gefühl auf das Tiefste verleyen mußte. Ihre Majestät hoffen, daß es mit der Zeit den guten und treuen Elementen gelingen werde, neben der Förderung des äußeren Blühens und Gedeihens auch an die vielen tiefen inneren Schäden, an denen die Reichshauptstadt krankt, die verschönende und bessernde Hand mit Erfolg anzulegen.“

Auf Allerhöchsten Befehl Freiherr v. Mirbach.

Man könnte, wie gesagt, beinahe glauben, daß sich der Kommunalfreisinn nicht wieder der Gefahr einer solchen freierlichen Abhanglung ansiehe und es vermeiden wolle, daß der Herr v. Mirbach abermals Veranlassung nehmen könnte, in Verantwortung eines Glückwunschsreibens seine kritischen Meinungen über die Dinge dieser und jener Welt den Stadtverordneten zu unterbreiten.

Aber wir wissen ja: so empfindlich sind unsre Stadtverordneten nicht und an lokaler Gesinnung lassen sie sich von niemandem über-treffen. Wir müssen wohl darum nach einem andern Motiv der plötzlichen Unterlassungstugend suchen und da bietet sich ein anderer Grund ganz ungezwungen dar: Der Stadtschulrat Vertram befindet sich im Stadium des Pensioniertwerdens und ist mithin nicht mehr geneigt, wie bisher die schönen Applig geschweiften Adressen zu stilisieren, in denen der Freisinn seine monarchische Gesinnung anzutoben liebt. Da nun aber niemand anderes im Stande ist, die Kunst höfischen Gratulirens in solcher Vollendung zu beherrschen und die Freisinnigen, als ganze Männer, byzantinische Halbheiten verschmähen, so unterliegen sie das Geschäft lieber ganz. Aut Vertram — aut nihil; entweder Vertram oder nichts — so entschied man sich, zu schweigen.

Man wolle also nicht an der unentwerteten Loyalität des Freisinnus zweifeln und ihm nicht eine ehrenvolle Abneigung gegen Mirbach's Driefe imputieren, die er in Wahrheit gar nicht hat! —

Dolus eventualis. Daffir, daß der dolus eventualis allmählich zu einer Schlinge geworden ist, vermittelst deren gerichtliche Interpretationskünste schließlich jeden vermeintlichen Frehdeliquenten zu garottieren vermögen, zeugt wiederum die Begründung jenes Urteils, durch das Genosse Levin als verantwortlicher Redacteur der Erfurter „Tribüne“ wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden war.

Die Verurteilung war erfolgt wegen des Abdrucks eines Wlbes, der in dem kurzen Gespräch eines Bergwerksdirektors mit einem Ingenieur lag, das seinem Wortlaut nach keinerlei Beziehung zu der Person des Kaisers enthielt, das der Gerichtshof jedoch seinem Sinne nach auf die vom Kaiser auf die Rettung der in Peking eingeschlossenen ausgeföhte Belohnung von 1000 Taeln per Kopf beziehen zu müssen glaubte.

Das schriftliche Urteil begründet diese Vergunahme u. a. folgendermaßen:

„Dieses Telegramm (des Kaisers) war seitdem häufig in der Presse behandelt und auch den Lesern der „Tribüne“ bekannt geworden. Nun erscheint in der „Tribüne“ der infamirte Satz, beginnend mit den besondres in die Augen fallenden Worten: (Es folgt der betreffende Wg.) Gewägt man, daß wenige Zeilen später der Mord des deutschen Gesandten in Peking erwähnt wird (1), durch welchen der Kaiser zu seinem hochherzigen Telegramm bestimmt wurde, welche scharfe Kritik die „Tribüne“ in Verfolgung ihrer antimonarchischen Tendenz an den Handlungen des Kaisers, wie gerichtskundig (2) ist, daß der Angeklagte schon einmal innerhalb der letzten zwei Jahre wegen Beleidigung durch die Presse (3) bestraft ist, so rechtfertigt sich die Annahme, daß in dem Satz eine gegen den Kaiser gerichtete Anandgebung der Mißachtung enthalten ist. Es wird dem Kaiser vorgeworfen, er sei beim Erlaß des Telegramms der Meinung gewesen, daß

kein Fremder aus Peking lebend mehr herauskommen könne, er somit niemals in die Lage kommen werde, die versprochene Belohnung zu bezahlen. Die hochherzige Handlung, durch welche der Kaiser die Fremden aus Peking zu retten suchte, wurde in den Streit gezogen, dem Kaiser der Vorwurf des Unwahrens gemacht. Der Angeklagte handelte mit dem Bewußtsein, diesen beleidigenden Sinn würden die Leser der „Tribüne“ dem Sach unterlegen, diesen Sinn haben auch die Leser der „Tribüne“ namentlich bei ihrer Parteilichkeit und der ihnen bekannten antimonarchischen Tendenz der „Tribüne“ unterlegt.

Der Angeklagte hat diesen **thatsächlich eingetretenen Erfolg** als möglich vorhergesehen, ist mit demselben einverstanden gewesen und hat ihn gewollt. Wenn der Angeklagte gegen diese Auffassung noch geltend gemacht hat, daß auf der letzten Seite der Nr. 178 der „Tribüne“ unter „Telegramme und Neuere Nachrichten“ die Mitteilung enthalten sei, daß die Gesandtschaften noch unversehrt seien, so ist darauf hinzuweisen, daß der inkriminierte Sach nicht den Anfang August, sondern die Zeit des Erscheinens des kaiserlichen Telegramms im Auge hatte. Als Gesamtergebnis der Hauptverhandlung mußte **thatsächlich festgestellt werden**: daß der Angeklagte im August 1900 im Inlande den Kaiser beleidigt hat.

Man sieht, welche Rolle hier wieder der Eventualdolus spielte. Der abgedruckte Brief selbst enthält in seinem Wortlaut keinerlei Anspielung auf das Kaisertelegramm. Aber aus der antimonarchischen Tendenz des Blattes und der zwei Jahre zurückliegenden Wechselbeziehung des Verantwortlichen muß gefolgert werden, daß der Angeklagte durch seine Spekulation auf die psychische Disposition der Leser eine Majestätsbeleidigung hatte begehren wollen. Das Kriterium der Strafbarkeit wird durch diese Eventuallogik aus der inkriminierten Notiz selbst hinaus- und in die Auffassung des Publikums hineingerückt. Wie die Leser oder die Richter aufgefaßt haben, darüber entscheidet nicht eine tatsächliche Feststellung, etwa eine unter den Lesern veranstaltete Enquete, sondern der juristische Klagesinn der Richter!

Nur die **thatsächliche Feststellung** der Richter war es, wie wir der „Erfurter Tribüne“ entnehmen, auch völlig belanglos, daß der Radnabel angeboten wurde, daß die Leser infolge der Nachrichten der „Tribüne“ über die ostasiatischen Vorgänge den Krieg gar nicht auf den Kaiser beziehen konnten und daß die „Tribüne“ das fragliche Kaisertelegramm mit keiner einzigen Zeile angegriffen hatte. Auch daß die vor zwei Jahren erfolgte Bestrafung Lebins aus einer — nach Ansicht des Gerichtshofs — zu scharfen Kritik der Kinderarbeit in den staatlichen Schieferbrücken Meinungen, die später als gesundheitsgefährlich verboten worden war, resultierte, hielt den Gerichtshof nicht ab, diese Vorstrafe als strafverschärfend in Anrechnung zu bringen.

Hoffentlich wird dies politisch wie juristisch gleich interessante Urteil trotz seiner „thatsächlichen Feststellungen“ noch einer richterlichen Radprüfung unterliegen.

Die „gesunde“ Polizeipraxis. Aufforderungen zur Gesetzesverletzung lassen sich eine Anzahl Centrumsorgane am Rhein zu Schulden kommen. Der „frühe“ Vaden schluf werde gerade so wie die Sonntagdrübe nur zum Schaden der Handelsgeschäften gereichen. Sie werden der „Genußsucht“ frohnen und anstatt ins Bett zu gehen, das Wirtshaus aufsuchen. Der Aufenthalt im Wirtshaus aber sei schädlicher, als wenn sie arbeiten. Wörtlich schreibt die „Rhein. Volksstimme“:

Wir hoffen aber, daß die Land-Bürgermeister den praktischen Verhältnissen Rechnung tragen und die Polizeibedienten anweisen, abends nach neun Uhr „Augen rechts“ zu nehmen, wenn linker Hand ein Laden ist. In den jetzigen Zeiten der Gelegenheitsmüssen die ausführenden Organe bestrebt sein, durch eine gesunde Praxis die Schäden der schablonenhaften Gesetzesmacherei nach Kräften hintanzuhalten.

Offener und christlicher kann man wohl kaum den Behörden, die dazu da sind, den Gesetzen Achtung zu verschaffen, nahe legen, sich um die Gesetzgebung nicht zu kümmern.

Was ist Fortschritt? Der „Hamburg. Korrespondent“, ein liberales und offizielles Blatt, bemerkt sehr weise, daß es unmöglich sei, sich gegen den allgemeinen Fortschritt anzukommen und sagt hinzu: „Der Fortschritt bedeutet nun aber seit Jahrzehnten Uebergang zur sozialdemokratischen Weltanschauung“. Das liberale Blatt beschränkt zwar diese These auf Frankreich, aber was für Frankreich gilt, muß natürlich, da die Sozialdemokratie ja international ist, auch für Deutschland gelten.

Der Uebergang zur sozialdemokratischen Weltanschauung ist der Fortschritt, gegen den nur die Borniertheit sich anzustimmen vermag!

So zu lesen in einem liberalen Blatt! Wir werden in Erwägung ziehen, ob wir den „Hamburgischen Korrespondent“ als offizielles sozialdemokratisches Parteiorgan — angesichts solcher Wahrheitsliebe — anerkennen sollen.

Dem **Reinhold-Ladenschluß** bringt die freisinnige „Dresdener Zeitung“ mehr Verständnis entgegen, als die „Vossische Zeitung“ und die meisten der übrigen liberalen Blätter. Sie schreibt:

Wir haben schon kurz darauf hingewiesen, daß sich bei uns, wie auch in anderen Großstädten, der Uebergang zu der neuen Ordnung des Reinhold-Ladenschlusses sehr still und ohne wesentliche Aenderung des Stadtbildes vollzogen hat. Ein großer Teil unserer Läden hat ja ohnehin schon im mer um 9 Uhr oder gar um 8 Uhr geschlossen; viele Läden, die früher länger als bis 9 Uhr geöffnet waren, standen eigentlich immer schon in der zehnten Stunde ziemlich leer, und wurden nur aus Furcht vor der Konkurrenz offen gehalten. Und wenn wir jetzt durch die Straßen gehen, so sehen wir, da die meisten Kaufbedürftigen sich mehr als früher mit ihrem Einkauf beeilen, daß viele Läden auch schon in der neunten Stunde nur eine sehr geringe Fülle aufweisen, so daß wohl auch, wie wir schon früher ausgeführt haben, selbst ein **frühzeitiger Ladenschluß** — etwa um 8 Uhr, für Lebens- und Genussmittel-Läden um 8 1/2 Uhr ohne wesentliche Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten durchzuführen wäre.

Was für Dresden richtig ist, trifft in noch höherem Maße auch für Berlin zu, so daß sich das Geschrei der liberalen Blätter als engstirnigster arbeiterfeindlicher Standpunkt kennzeichnet.

Die **neue Wädereiverordnung**, die das gegenwärtig bestehende Gesetz wesentlich einschränken will, ist das Resultat der langjährigen Wädereien seitens der Wädereimeister und der sonstigen Arbeiterfeinde. In ihrer Agitation gegen die Verordnung sind die Wädereimeister soweit gegangen, daß sie häufig genug in Wort und Schrift ausgegeben haben — nein, sich damit zu rüsten, ständig das Gesetz zu umgehen. Wenn sie nicht zu Grunde gehen wollten, müßten sie das Gesetz verletzen. Von einer Bestrafung in solchen Fällen ist nichts bekannt geworden; die Polizei war, wie Herr v. Stumm im Reichstoge bei Besprechung der Verordnung einmal meinte, vernünftiger und milderer Auffassung. Wäre man etwas energischer in der Durchführung der Verordnung vorgegangen, die Herren Wädereimeister hätten sich schon gefügt. Die „Soziale Praxis“ schreibt in diesem Sinne: Wäre man bei Durchführung der Wädereiverordnung auch nur halb so streng vorgegangen, wie bei Verfolgung aus der geringsten Ausschreitungen bei Ausständen, so könnte man jetzt an einen weiteren Ausbau statt an eine Einschränkung der Wädereiverordnung denken. Denn da, wo man mit ihrer Durchführung von Anfang an Ernst gemacht hat, hat sie sich nach den Berichten der Fabrikinspektoren rasch eingelebt.

Abschirkerium. In die Zeiten des Mittelalters, wo freitbare geistliche Würdenträger eifenselig und schwerwärtig fröhlischer Fehde oblagen, fühlt man sich zurückversetzt, wenn man folgenden Brief liest, den der frühere Stadtkaplan und jetzige Feldgeistliche der deutschen Truppen in China, Reich, nach der „Künderberger Volksztg.“ an einen guten Freund geschrieben hat:

„Heute, am Feste der heiligen Gottesmutter Maria Himmelfahrt, betreten wir das feindliche Land. Möge Maria uns jenen Schutz gewähren, wie im Kampf bei Lepanto gegen die Türken. Hilfe der Christen, bitt für uns! Jetzt würdest Du mich kaum mehr kennen. **Vollständig ausgerüstet wie ein Krieger mit einem Schlachtroh, Stiesel, Sporen, gelber Kutze, Tornister, Feldflasche, Revolver und Helm**, nur das Kollar ist noch das priesterliche Abzeichen. Auch trage ich einen Kollbart. Jetzt male die einmal meine Person aus mit Deiner... Phantasie. Vielleicht bekommst Du einmal einen ausführlichen Brief. Dein alter Freund B. A.“

Welch armselige Figur macht der auf einem trübseligen Grautier reitende, barsichtige Peter von Amiens gegen diesen Aholgewandeten, gepörschten modernen Kreuzfahrer!

Koloniale Kulturreformen Deutschlands. Ueber deutsche Verwaltungsreformen auf den für 17 Millionen Mark bei der spanischen Kolonialpforte erworbenen Marianen lesen wir:

Auf den Marianen hat der neue deutsche Bezirksamt die Eingeborenen mit einer Reihe neuer Verordnungen beglückt. Neben der bereits unter der spanischen Herrschaft erhobenen Schlichtsteuer, die auch ferner bestehen bleibt und zwei Mark für jedes geschlachtete Haupt Rindvieh und 50 Pfennige für ein Schwein oder eine Ziege beträgt, hat der Bezirksamt jetzt unter dem 17. Januar eine Kopfsteuer eingeführt. In dem englischen Ngandagebiet beträgt die Kopfsteuer 3 Annien (4 Schilling) jährlich für das Haus und die bewohnte Hütte. Auf den deutschen Marianen ist die Kopfsteuer auf 3 Mark für jeden männlichen Bewohner vom vollendeten 15. bis zum vollendeten 50. Lebensjahre festgesetzt, mit Ausnahme von Vätern mit mehr als acht Kindern. Die Steuer ist zu entrichten gegen **schriftliche Empfangsbekundung**. Wie aber die Eingeborenen dieses Schriftstück bei ihren paradiesischen Wohnungen und absonderlichen Verhältnisse aufbewahren sollen, darüber fehlen Angaben in der Verordnung des Bezirksamts. Der die Steuer nicht zahlen kann, muß eine entsprechende Zahl von Tagen arbeiten, wobei der Arbeitstag mit 50 Pf. angerechnet wird. Außer zur Zahlung dieser Kopfsteuer sind die Eingeborenen noch verpflichtet zur **monatlichen Arbeitsleistung für öffentliche Zwecke**, und zwar die Verheirateten zu 12, die Ledigen zu 20 Arbeitstagen. Männer von mehr als 5 Kindern sowie die Geistlichen und Säkularisten und eine bestimmte Zahl von Kirchenjüngern sind von diesen Steuern befreit. Weitere Bestimmungen enthalten ein Waffeneinfuhrverbot sowie Bestimmungen über den Verkauf geistlicher Getränke. Die Eingeborenen dürfen sich fortan nicht mehr Tuba als Getränk bereiten. Jeder Hausbesitzungsverwalter darf auf Antrag nach eingeholter Erlaubnis von zwei seiner Kolosbauern den Saft zur Bereitung von Eßig und Sülzlake sowie von Dose gewinnen, muß aber für jeden widerrechtlich angezapften Baum zehn Mark Strafe zahlen.

Wie in Afrika beweist die deutsche Kolonialpolitik nun auch in Oceanien, daß sie in Steuererhebung den übrigen Nationen überlegen ist. Eine Kopfsteuer in Höhe eines sechsfachen Tagelohns in Verbindung mit einer zwölf- resp. zwanzigtägigen Zwangsarbeit ist ein nicht zu unterschätzender Ausbau des alten spanischen Steuersystems. Daß man die Kirchenjüngern von diesen Steuern befreit, zeigt entschieden für das Bestehen ausreichender Berechtigtheit. Eine entsprechende Einführung dieser Steuerreform verdrängt auch das Verbot der Waffeneinfuhr. Das Verbot der einheimischen Vereitung geistiger Getränke endlich entspringt wohl einer anerkanntwertigen Rücksichtnahme auf unsere ostindischen Schnapsproduzenten.

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar schreibt man uns: Würdig reist sich Gled an Gled in der Reihe der Volkseintreibung in unsere Wälder. Eine für den 2. Oktober in Weida geplante Versammlung, in der der Abg. Doudert über die bevorstehende Landtagwahl sprechen sollte, wurde ebenfalls auf Veranlassung des Bezirksdirektors Stöckel in Reusfeld verboten, weil... Der Referent August Doudert aus Weida gewerkschaftlicher sozialdemokratischer Agitator ist, der nach der gemachten Erfahrungen Neben in öffentlichen Versammlungen zu halten pflegt, welche aufreißend wirken sollen und geeignet sind, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören.

Dem gegenüber ist es beachtenswert, daß die reaktionären Elemente unbedenklich zusammen kommen dürfen, und ihre Wählermänner zu Gunsten der Bezirksdirektoren und Bürgermeister, die gegen „gewählt“ sein wollen, aufstellen dürfen.

Neue Organisationsversuche unter den altsächsischen Bauern. München, 3. Oktober. (Fig. Ver.) Anlässlich des Oktoberfestes hielt dieser Tage der bereits teilsgegründete „Bayerische Bauern- und Bürgerbund“ unter dem Präsidium Eidenberger's hier eine Delegierten-Versammlung ab, die aber nicht sehr zahlreich besetzt war. Der Führer des fränkischen Bauernbunds, Redakteur Remminger aus Würzburg war hierbei anwesend und wirkte für eine Annäherung der Südbayern zur fränkischen Organisation mit dem Erfolge, daß zu der Ende Oktober in Würzburg stattfindenden Generalversammlung des fränkischen Bunds drei Delegierte gewählt wurden.

Remminger sprach kürzlich auch in einer sehr zahlreich besetzten Bauernversammlung in seiner niederbayerischen Heimat mit großem Erfolg und hegt die besten Hoffnungen bezüglich der Ausdehnung seines framm organisierten fränkischen Bunds auf Niederbayern. Nicht so günstige Resultate erzielte der Bund der Landwirte bei seiner Agitation in Niederbayern. Dessen Vertreter, der Antikemit Beng brachte nach Informationen, die uns aus gut informierter Quelle zugehen, in 9 Versammlungen nicht mehr als 17 Beitrittserklärungen auf. Auch die Erfolge, die man nach einigen sehr geräuschvoll verlaufenen Versammlungen in Oberbayern für den Bund der Landwirte zu erzielen hoffte, blieben gänzlich aus und die große Versammlung, die von Berlin zur Erhaltung des in München erscheinenden Bundesorgans gezoht wird, dürfte zum Fenster hinausgeworfen sein.

Zu dieser Lage der Dinge trägt nicht wenig bei das Mißtrauen, das man in den Kreisen der Bauern gegenüber den kolonialpolitischen Absichten der norddeutschen Junta hegt. Man ist absolut nicht damit einverstanden, daß nur für einen hohen Roggenzoll Propaganda gemacht wird, während Gerste und Hafer, die für den bayerischen Landwirt weit mehr in Betracht kommen, unter einen erheblich niedrigeren Zoll fallen sollen.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

In Elberfeld stand kürzlich ein Sänder vor dem Gericht, weil er bei der Ausdringung eines Kaiserbuchs bei Gelegenheit des Schützenfestes in Belberl sitzen geblieben war und auch „mischadente Handbewegungen“ gemacht haben sollte. Die Beweisaufnahme ergab, daß der 19jährige junge Mann, ein Metallarbeiter, auf eine „gutgesinnte“ Zeitung abonniert ist. Auf den Vorkhalt des Vorpresidenten, daß er doch auch Mitglied des Metallarbeiter-Verbands gewesen ist, erklärte der Angeklagte, demselben nur sieben Monate angehört zu haben, weil derselbe keine Unterscheidung zähle. Auf die weitere Frage, wie oft er die Versammlungen des Verbands besucht habe, erklärte er, nur einmal dazugewesen zu sein. Es habe ihm aber nicht gefallen, weshalb er ausgetreten sei. Das Gericht sprach den Angeklagten Kostenlos frei. In der Urteilsbegründung wurde darauf hingewiesen, daß das bloße Sündenbleiben bei einem Kaiserbuch nach einer Entschädigung des Reichsgerichts nicht als Majestätsbeleidigung angesehen werden könne, und daß bei der Beurteilung der Frage, ob die Absicht einer Mißachtung vorliege, die begleitenden Nebenumstände ausschlaggebend wären. — Wie nun, wenn der Angeklagte Sozialdemokrat gewesen wäre? Wäre das ein erschwerendes „Nebenumstände“ gewesen? —

Ausland.

Afrika.

Vom Boerenkrieg liegen nur sehr dürftige Nachrichten vor. Aus Johannesburg wird gemeldet: Die Gegend um Witwatersrand ist noch nicht frei von Boeren; feindliche Abteilungen streifen über und greifen englische Patrouillen an. Am 22. Septbr. wurden zwei Soldaten in der Gegend von Boshof getötet.

Den heimkehrenden Feldmarschall Roberts erwarten dem „Daily Chronicle“ zufolge in England hohe Ehren. Er soll den Gesandten eine namhafte Dotation und den Posten des Oberbefehlshabers der Verbände hat an den Staatssekretär Grafen v. Milow eine Einlage gerichtet, worin gebeten wird, eine Einwanderung der Boeren nach Deutsch-Südwestafrika thunlichst zu fördern.

Von den Nischantis. Der Londoner „Morning Post“ wird aus Ruwasi von gestern gemeldet: Oberst Wilcocks traf am 20. v. Mts. auf eine große Abteilung von Nischantis, die eine starke Stellung an einem Hohlweg im Gebüsch inne hatten; nach zwei vergeblichen Angriffen gelang es beim dritten Angriff, den Feind zu vertreiben; mehrere Boeren wurden getötet. Oberst Wilcocks verlor 38 Mann mit Einschluß von 5 englischen Offizieren, die verwundet wurden.

Amerika.

Die Anarchisten sollten in Chicago angeblich ein Komplott zum Zwecke der Ermordung des Präsidenten gebildet haben. Wie sich jetzt herausstellt, suchen die Verbreiter des Verdicts auf einen Brief, dessen Schreiber bisher noch gar nicht ermittelt ist. Die Sache liegt noch vollkommen im Dunkeln, der Schreiber ist vielleicht irgend ein Jbidot — es genügt aber, um daraus ein „anarchistisches Komplott“ zu machen.

Nationalsozialer Vertretertag.

„Potsdam, 3. Okt.“ Heute wurde in die Beratung der einzelnen Punkte des Tagesprogramms eingetreten. Zunächst gelangt hierzu folgende Resolution mit 20 gegen 2 Stimmen zur Annahme: „Der Vertretertag erklärt es für die Pflicht der Nationalsozialen, mit aller Entschiedenheit dafür zu agitieren, daß die Gollische für das Getreide sowie für alle sonstigen Gegenstände des Massenverbrauchs über das in den letzten Handelsverträgen festgesetzte Maß hinaus nicht erhöht werden.“ Die einzelnen Programmpunkte wurden mit verhältnismäßig geringen Änderungen angenommen, die Gesamtentscheidung über das Programm ergab die einstimmige Annahme.

Zu den angeregtsten Punkten wurden gewählt: Pfarer Raumann als erster Vorsitzender, ferner Redakteur v. Versbach, Lehrer Wolf, Lithograph Lichtenberger, Regierungs-Beamter Souhon, Redakteur Damasko, Rechnungsführer Karske; in der erweiterten Vorstand: Reiner Polmann, Parteisekretär Rühlmann, Pfarer Laub, Redakteur Erdmannsdorffer, Florenz Nordde; in die Kontrollkommission: Heinrich Vogel, Dr. Scheven, Professor Stein und Dr. Kapprecht.

Ein Antrag, auf einem der nächsten Vertretertage ein besonderes Steuerprogramm auf die Tagesordnung zu setzen, wird debattiert angenommen. Ein weiterer Antrag, einer der nächsten Vertretertage möge sich mit der Alkoholfrage beschäftigen, geht nicht nach längerer Diskussion zur Annahme, wobei es nicht ohne Angriffe auf die Sozialdemokratie, die in dieser Frage ihre Pflicht vernachlässigt habe, abging. Pfarer Genswein warnt vor diesem Antrag, die Sozialdemokratie habe auf demselben, sich mit dieser Angelegenheit nicht zu beschäftigen. Dr. Maurenbrecher beantragt: Die Frage der staatlichen Förderung der Volksgesundheit ist auf die Tagesordnung einer der nächsten Vertretertage zu setzen. Dieser Antrag wird mit dem Zusatz: „unter besonderer Berücksichtigung der Alkoholfrage“, angenommen. Der erstere Antrag wird abgelehnt.

Nach einem Schlußwort Raumanns, der als die Hauptarbeit des Vertretertags die Fertigstellung des Landesprogramms bezeichnet und allen Mitwirkenden für ihre Mühe gedankt hat, wird der Vertretertag nachmittags 1/2 Uhr mit einem Hoch auf den nationalsozialen Verein geschlossen.

Partei-Nachrichten.

In eigener Druckerei wird am 1. Juli 1901 unser Münchener Parteiblatt hergestellt werden. Für das Unternehmen ist am Wittelsbacherplatz ein Hintergebäude, bestehend aus drei Stockwerken, auf längere Zeit gemietet. Der Betrieb soll mit den besten technischen Hilfsmitteln ausgestattet werden und die Zeitung im Umfang von 8 Seiten täglich erscheinen.

August Palm, unser schwedischer Parteigenosse, ist im September nach den Vereinigten Staaten gereist, um dort im Interesse der zahlreichen schwedischen Arbeiter eine Agitationstour zu unternehmen. Als Palm in New York landete, wollte ihn der Einwanderungskommissar nicht an Land lassen, weil er Sozialist sei! Dieser famose Kommissar ist kein anderer als der berühmte „Arbeiterführer“ und „Häuptling“ Herr Bowdler, einst der Großmeister eines großen Arbeiterordens mit den Grundrissen der Brüderlichkeit und des Sozialismus. Er benutzte diese Organisation, um die Arbeiterinteressen zu vertreten und sich als Wohlmacher in den Dienst der republikanischen Partei zu stellen. Sein Lohn war das Amt eines Einwanderungs-Kommissars.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

27. Sitzung vom Donnerstag, den 4. Oktober 1900, nachmittags 5 Uhr.

Vor der Sitzung findet behufs der Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des gemäß dem Besche vom 13. Juli 1900 über die Polizeiverwaltung in Berlin und Umgebung erweiterten Bezirksausschusses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters eine **gemeinsame Sitzung** beider städtischer Körperschaften statt. Zu wählen sind zwei Mitglieder und zwei Stellvertreter für die erste Abteilung, je vier Mitglieder und Stellvertreter für die zweite Abteilung des Bezirksausschusses, sämtlich auf sechs Jahre. Die Versammlung wählt auf Vorschlag des Stadts. Spinola durch Jurek gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die von der gemischten Deputation vorgeschlagenen Herren: für die erste Abteilung, welche die gemeinsamen Angelegenheiten zu bearbeiten hat, Justizrat Kempner und Facilliner Stephan bezw. Syndikus Dr. Müden und Ratomanermeister Widenb; für die zweite Abteilung (Angelegenheiten des Stadtkreises Berlin) Fabrikant Dr. Darmstädter, Bankier Lippmann, Kaufmann Heinrich Waas, Rechtsanwalt Felix Landau bezw. Rechtsanwalt Gelpke, Generaldirektor Gehl, Regierungs-Beamter Gause und Fabrikbesitzer Behrens (Schloß).

Darauf beginnt die Sitzung des Stadtvorordneten-Kollegiums und zwar mit der Wahl eines Mitglieds in das Heimstätten-Auditorium und die Schuldeputation, sowie eines Bürgerdeputierten in die Jrenpflege-Deputation. Vorgeschlagen sind: für das Heimstätten-Auditorium Stadts. Louis Sachs und Dr. Freudenberger; für die Schuldeputation Stadts. Dr. Käto, Stadts. Dr. Nathan und Stadts. Singer; für die Deputation für die städtische Jrenpflege Sanitätsrat Dr. Herrn. Schlegelinger und prakt. Arzt Dr. Jadel. Das Wahlergebnis wird bis zum Schluß der Sitzung nicht bekannt gegeben.

Die Vorlage wegen Auerweiterung Vermietung der Albinfabrik auf dem Viehhof wird nach dem Antrage des niedergelassenen Ausschusses ohne Debatte unbenändert angenommen. Es folgt die feierliche Einführung des neuen

Bürgermeisters Brinkmann. Oberbürgermeister Kirchner nimmt dem Eingeführten unter Hinweis auf den schon früher geleisteten Beamteneid durch Hand-

Schlag auch für das neue Amt in Eid und Pflicht, überreicht ihm die vollzogene Bestallung und fährt dann fort: Indem ich Sie nun als Mitglied der städtischen Verwaltung begrüße, heiße ich Sie aufs Beste in unsern Kreise willkommen. Sie treten für Amt mit jugendlicher Frische, jugendlicher Rüstigkeit und Kraft an, aber diese Kraft ist bereits erprobt, insbesondere in leitender Stellung in einem andern großen städtischen Gemeinwesen. Möge diese Kraft, möge diese Erfahrung nun auch unserer Stadt zum Segen gereichen, möge diese Stunde der Anfang sein für eine lange, segensreiche Wirksamkeit zu Ihrer eignen Genugthuung und Befriedigung, zum Wohle der Stadt Berlin! (Beifall.)

Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Langerhans: Herr Bürgermeister Brinkmann! Auch namens der Stadtverordneten-Versammlung heiße ich Sie in unserer Mitte herzlich willkommen. Wir haben die feste Zuversicht, daß Sie, der Sie schon so lange mit Erfolg in öffentlichen Gemeinde-Angelegenheiten gearbeitet haben, mit Ihren reichen Erfahrungen und Kenntnissen auch in Berlin zur Weiterentwicklung der Stadt segensreich wirken werden. Es hatten Ihrer viele, auch manchmal schwere Aufgaben, aber ich glaube, das Bewußtsein, daß alles, was Sie thun, zur Wohlfahrt Ihrer Mitbürger geschieht, wird Sie kräftigen und Ihnen die Befriedigung geben, diese Arbeiten gern zu vollziehen. Ich glaube und wir hoffen alle, daß Sie die Selbstverwaltung der Städte als eine Notwendigkeit erkannt haben, notwendig für die Städte, für die Bürger und für den Staat. Sie werden sich leicht ein Bild machen können aus Ihren Erfahrungen, was ohne eine möglichst große Selbstverwaltung für ein schlechtes Regiment in den Gemeinden herrschen würde. ... Davon sind wir fest überzeugt, daß, sollten unsere Selbstverwaltung und unsere Rechte in betreff der Selbstverwaltung von innen oder von außen jemals angegriffen werden, Sie gewiß treu und fest uns zur Seite stehen werden, und deshalb begrüße ich Sie freudigst als Mitglied unserer Gemeindevertretung, als zweiter Bürgermeister von Berlin! (Lebhafte Beifall.)

Bürgermeister Brinkmann dankt dem Oberbürgermeister und dem Stadtverordneten-Vorsitzer für die freundlichen Begrüßungsworte und bittet, an die Versammlung noch einige besondere Worte richten zu dürfen: In dem Augenblick, in dem ich mich anschide, das wichtige Amt des Bürgermeisters der Haupt- und Residenzstadt Berlin anzutreten, bin ich mir der großen, verantwortungsvollen und schweren Pflichten dieses Amtes wohl bewußt, und dennoch sehen Sie mich unverzagt und frohen Muts, denn ich weiß, daß niemandem die Freude an der Arbeit ganz versagt, der sich mit Leib und Seele gemeinnützigem Wirken, besonders auf kommunalem Gebiete, hingeeben hat. Dazu kommt, daß die großstädtlichen Verwaltungen und besonders diejenige von Berlin jetzt täglich vor einer Fülle neuer, schöner, großer Aufgaben stehen, deren Lösung zwar mühevoll, aber keineswegs unmöglich ist, und deren Gelingen reichen Segen bedeuten dürfte. Ich darf ein oder das andre hervorheben. Die Stadt Berlin sieht sich an, neben der Fürsorge für ihre Beamten und deren Hinterbliebenen auch die Fürsorge für ihre sonstigen Angehörigen in die Wege zu leiten. Ferner ist es die große Wohnungsfrage oder Wohnungsnot, welche wie vor vier oder fünf Jahren in Königsberg, jetzt in Berlin an die Pforten des Rathauses pocht und dringend erheißt, daß die kommunale Thätigkeit sich mit ihr beschäftigt. (Lebhafte Beifall, insbesondere bei den Socialdemokraten.) Was meinen speziellen Wirkungsbereich betrifft, so darf ich mich glücklich schätzen, daß es mir vergönnt sein wird, die Waisenspflege zu über und damit die Sorge für die Kernfamilie unter den Armen, für die Verlassenen unter den Verlassenen zu übernehmen. In der gemeinsamen Arbeit und bei ein wenig Menschlichkeit wird es gelingen, auch aus diesen uns unterstellten Pflanzlingen so manches brauchbare Mitglied der menschlichen Gesellschaft zu erziehen zu helfen. Mehr Verbandesfrage natürlich ist die Beobachtung und Förderung des so gewaltigen Berliner Verkehrswezens, ein Gebiet, auf dem die Kommunen erst zu zeigen haben werden, was sie zu leisten imstande sind, aber auch ein Gebiet, auf welchem ihnen als den Besitzern der Straßen und Plätze unbedingt die Herrschaft gebührt und wieder zurückzuerobert werden muß. (Allseitiger Beifall.) Wenn es gelingt, die offensbaren Mängel des Verkehrswezens nicht bloß zu beseitigen, sondern auch den Verkehr, der gegenwärtig sich oft nur mühsam und schwerfällig durch die überfüllten Straßen hindurchwindet, neue Wege zu erschließen, so wird damit ein gut Stück socialer Arbeit geleistet werden. (Wiederholter Beifall.) Wir werden dann dazu beitragen können, daß Verkehrsstörungen und Verkehrsunterbrechungen, wie sie jetzt unausbleiblich sind, künftig auf das Mindestmaß herabgedrückt werden. Es wird auch unsere Aufgabe sein, dem planmäßigen Betrieb der Verkehrsanstalten unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, und wir werden uns damit hoffentlich nicht bloß den Dank des Personals verdienen. (Beifall und Unruhe.) Es ist hier nicht Zeit und Ort ... (Lebhafte Zurufe, vor allem des Stadtverordneten Spinola: Nein, nein! Der Bürgermeister hält einen Augenblick inne. Stadtv. Vorgmann ruft dem Stadtv. Spinola zu: Lassen Sie doch Ihren Unmut bei einer andern Gelegenheit aus!) ... Von dieser Stunde ab gehöre ich Ihnen und der Kommune Berlin ganz und gar an, und die ganze Bürgerschaft laun auf mich in guten und bösen Tagen zählen; dabei werden Verfassung, Gesetz und Recht meine oberste Richtschnur sein! (Aushaltender Beifall.)

Der Bürgermeister nimmt darauf neben dem Oberbürgermeister am Magistratsplatze Platz und wird von den Stadträten und Stadtverordneten lebhaft beglückwünscht.

Die Verammlung scheidet hiernach zur Wahl von 2 unbesoldeten Stadträten

für die Herren Kämpf und Zabel. Im ersten Wahlgang werden 132 Stimmzettel abgegeben, darunter 85 unbeschrieben. Von den 97 gültigen Stimmen entfallen 93 auf den Reichstags-Abgeordneten Fischbeck; daneben erhält Geh. Ober-Regierungsrat a. D. v. Friedberg 2, Stadtv. Jacobi und Friedemann je 1 Stimme. Im zweiten Wahlgang wird der Geh. Ober-Regierungsrat a. D. v. Friedberg mit 84 von 87 gültigen Stimmen gewählt; außerdem erhält Stadtv. Jacobi 2 Stimmen, Singer 1 Stimme. Nicht weniger als 47 Stimmzettel sind unbeschrieben.

Zur Verhandlung kommt nunmehr der folgende Antrag des Stadtv. Barth:

Die Verammlung beschließt, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, wie weit die Vorarbeiten betreffend die Verbreiterung des

Fahrdamms der Potsdamerstraße

von der Lützowstraße bis zur Weichbildgrenze gediehen sind. Stadtv. Barth weist darauf hin, daß i. J. niemand daran gedacht habe, daß die Verbreiterung des Fahrdamms der Potsdamerstraße an der Lützowstraße Halt machen würde. Auch der übrige Teil der Straße bis zur Schöneberger Grenze sei völlig zur Geschäftsstraße geworden, in welcher die Vorarbeiten keine Berechtigung mehr hätten. Der Stadtbaurat sei ja selbst Einwohner der Potsdamerstraße und lenne die Verhältnisse aus eigener Anschauung; er werde also hoffentlich ganze Arbeit machen und baldigt der Verammlung eine entsprechende Vorlage unter Beseitigung der Vorgärten unterbreiten.

Stadtbaurat Franke: Der Großen Berliner Straßenbahn ist seiner Zeit die Veranschlagung anferlegt worden, die gesamte Straße auf 24 1/2 Meter zu verbreitern, sofern das Bedürfnis dazu vorliegt. Ueber den Zeitpunkt dieses Bedürfnisses haben aber Polizeipräsident und Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu entscheiden. Auf meine Anfrage hat der Polizeipräsident im Januar d. J. seinerseits das Bedürfnis für die Strecke von der Lützow bis zur Bülowstraße anerkannt. In den letzten Tagen ist uns auch seitens der Straßenbahn-Gesellschaft dazu ihr Einverständnis erklärt worden. Die ebenfalls bereits wegen des Terrainerwerbs mit den Adjacenten seitens der Wundeputation eingeleiteten Verhandlungen

schweben noch. Bis jetzt ist der Magistrat mit der Sache noch nicht befaßt, doch wird im Laufe des Winters und jedenfalls spätestens zur Etatsberatung eine Vorlage an Sie gelangen (Beifall), da ein Teil der Kosten auf die Stadt entfällt, weil wir asphaltieren wollen. Einer in letzter Stunde ergangenen Verfügung des Polizeipräsidenten entsprechend werden wir die Vorarbeiten auch auf die Fortführung der Verbreiterung bis zur Wallstraße ausdehnen.

Stadtv. Dr. Nathan giebt seiner Freude über diese Auskunft Ausdruck, führt aber Beschränkung über die Behandlung einer in der Sache an den Magistrat gerichteten Petition; der beglückwünschte Weise Majoren auf und sei von keinem Magistratsmitgliede unterschrieben. Die Vorgärten seien heute nicht mehr Verschönerungen, sondern Verschönerungen der Straße und mühten beseitigt werden; Pietät vor diesen „Erbbegräbnissen“ sei nicht am Plage. Der Antragsteller zieht hiernach seinen Antrag zurück.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Stuccature! Auf den Wortbruch der Unternehmer ist unter den hiesigen Stuccaturen eine gewaltige Gärung eingetreten. Wohl selten ist von einer Unternehmerorganisation in solch sribolrer Weise das vor dem Eingangsamt des Gewerbegerichts gegebene Versprechen, sowie die vollzogene Unterschrift gebrochen worden.

Nachdem die Unternehmer im Frühjahr dieses Jahres anlässlich eines Streitfalls des Gewerbegerichts angerufen hatten, erfolgte die Einigung auf der Grundlage: Einführung der Lohnarbeit bei täglicher 8 1/2 stündiger Arbeitszeit. Am 1. Oktober beliebte es einem Teil Unternehmern ohne jede vorhergehende Verhandlung mit der gewählten Schiedsgerichts-Kommission ihre Zusage und Unterschrift zu brechen, und die Gesellen vor die Alternative zu stellen: Accord oder Feiertag. Einstimmig beschloß die Berliner Kollegenchaft, diesen gegen sie geführten Schlag mit der Arbeitsniederlegung bei den betreffenden Firmen zu beantworten. In diesem uns aufgezwungenen Kampfe erwarten die Stuccature die moralische Unterstützung der gesamten organisierten Bauarbeiter. Vor allem sei darauf hingewiesen, daß von dem Vertrauensmann abgestempelte Arbeitsberechtigungskarten ausgegeben werden. Nur wo diese Karten vorgezeigt werden können, sind geregelte Arbeitsverhältnisse. Die Stimmung unter den Ausgeperrten ist eine vorzügliche. Der Erfolg ist sicher, wenn die Kontrolle gewissenhaft ausgeübt wird. Neu bewilligt resp. ihre Forderung, Accord zu arbeiten, zurückgezogen haben folgende Firmen: Schubert, Demmer, Ulrich u. Trommer. Ausgesperrt resp. ausständig sind die Kollegen der Firmen: Schirmer, Weitsch u. Brandt, Junkersdorf, Waly, Hoffmann, Jungermann, Drechsler, Damrich u. Co., Händel, Bachmann, Schubert u. Sammt, Biehler, M. Dröffe.

Beschwerden und Anfragen sind an das Bureau, Seydstr. 13, zu richten. Der Vertrauensmann der Stuccature.

Gesellenausschuss der Handwerkskammer. Da nunmehr an alle Mitglieder sowie deren Erziehungsmänner die Befähigung der Wahlen zum Gesellenausschuss vom Oberpräsidenten ergangen sein dürfte, bitte ich die Mitglieder und Erziehungsmänner des Gesellenausschusses, zu einer Besprechung am Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauf 15, zu erscheinen. Die Kommission. J. A.: G. Vortel, Paderstr. 6.

Seit dem 3. September gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Für die freilebenden Sattler: Geburtsstagsfeier aus der warmen Straße 5,40. Filiale IV Sattler d. Wagner 25,35. Verband der Schneider 100.— Arbeiter der Möbelfabrik J. C. Pfaff, Ueberich der Kranzpende 20.— Uffe 701 u. d. Wägen v. Ludewig 19,20. Gerber und Postler der Firma Wunderlich 10,10. Tischlermeister Berlin 30.— Organisierte Schuhmacher Berlin 50.— Brauereiarbeiter und Gekellere 45,91. Uffen Nr. 671 13.— 672 8,55. Stofffabrik Schulle Radolfger 10.— Uffe 741 5,55. Brauerverband, Filiale Berlin, a. Conto auf Uffen 50.— Bergarbeiter, Filiale Berlin, 50.— Konditionen, Zahlstelle Berlin, 10.— Verein der in Schriftgelehrten beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen 29,55. Kupferarbeiter 20.— Uffe 630, Barisch, 5,55. Filiale IV, Sattler, durch Wagner 235,55. Brauereiarbeiter, auf Uffen durch Bräuner 20,25. Steinarbeiter 50.— Bauarbeiter, Zahlstelle V, 10.— Verein der Bauanschläger 100.— Verband der Vergeleianarbeiter Berlin II 30.— Sattler, durch Kiebel 22,55. Filiale IV, Sattler, durch Wagner 120.— Uffe 673 d. Hubermann 9.— 30 organisierte Schuhmacher 30.— Bergarbeiterverband 2. Rate 50.— Verein der in Schriftgelehrten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen 23,90. Uffe 959 Kemner 4,25. Uffe 704 Ludewig 9,45. Uffe 962 7,55. Stereotypen 25,5. Typographen Berlin auf Uffen 13,45. Hafenarbeiter auf Uffen durch Tsch 26,75. Mitglieder des deutschen Buchdrucker-Verbands vom „Sowjet“ 10.— Uffe 674 d. Hubermann 15,90. Von den Arbeitern der Firma Gebes 2.— Centralverband der Ziffer, Filiale Berlin 150.— Dachdeckerverband 30.— Uffen 747 und 815 durch Stamb 33,25. Sattler auf Uffen, Filiale IV 182,25. Schneidergehilfenverband 30.— Uffe 1003, J. Kemner 9,65. Uffe 1002, Wäsel 10,50. Sattler auf Uffen, Filiale IV durch Döbberle 113,25. Buchdrucker-Gilddarbeiter, Zahlstelle II 50.— Stuccature vom Bau Reichthum, Leipzigerstraße, Bierprocente 26,30. Uffe 1004, durch Jod. Kemner —,90. Brauer organisierte, durch R. Preuß. Ref. 94,45. Uffen von den Wägen 14,50. Summe 2347,21. Wäher quittiert 3505,22. Insgesamt Summe 5852,83 M.

Für die Werkstattarbeiter gingen ein: Geburtsstagsfeier Putzwerkstraße, Brühl 3,25. Dr. R. 5.— Arbeiter der Maschinenfabrik Hoppe 8.— Arbeiter der Möbelfabrik J. C. Pfaff, Ueberich der Kranzpende 20.— Gewerkschaft Wiedersahl für die pauerlandlosen Gesellen 10.— Möbelfabrik J. C. Pfaff, Saal I 4,90. Arbeiter der A. G. S. Saal 86, Ueberich 4.— Möbelfabrik J. C. Pfaff 22,25. Vorzeleianarbeiter Berlin II 30.— Verband der Bauarbeiter (central) Berlin und Umgegend 500.— Möbelfabrik K. Rinte, Barisdauerstraße, 12,35. Bau- und Erbarbeiter Mariendorf 50.— „Einkauf Kamach“ 6.— Summe 675,75 M. Wäher quittiert 1261,91 M., in Summe 1927,66 M.

Für die Fischer in Rügen: Firma Vatsch 5.— Wäher quittiert 27,80 M., in Summe 32,80 M.

Für die russischen Häfen- und Pinselarbeiter Dr. 2. 5.— Rest.

Weitere Beiträge nimmt entgegen das Bureau der Berliner Gewerkschafts-Kommission, Engelauf 15 I, Zimmer Nr. 8.

Deutsches Reich.

Streiklausel. Der Stadtmagistrat Nürnberg hat beschlossen, in das Statut des städtischen Arbeitsnachweises die Bestimmung aufzunehmen, daß bei Streiks den Arbeitssuchenden hiervon Mitteilung zu machen sei. Schon bei verschiedenen Anlässen hat sich der Nürnberger Magistrat sehr bemüht, die vom Streik betroffenen Firmen mit Arbeitswilligen zu versorgen, was ihm die Benennung „Streikbrecher-Bureau“ eintrug. Die organisierten Gewerkschaften hatten schon wiederholt den Antrag gestellt, daß bei Streiks die Arbeitsvermittlung für die in Frage kommenden Unternehmer ruhen solle, wurden aber jedesmal abgewiesen unter der sonderbaren Begründung, eine solche Haltung entspreche der „Unparteilichkeit“ nicht, die der Arbeitsnachweis Unternehmern wie Arbeitern gegenüber zu beobachten habe. Es ist daher noch nicht recht erklärlich, woher auf einmal diese „Arbeiterfreundlichkeit“ kommt.

Eine Lohnreduktion von 15 Proz. ist den Arbeitern des H ö r d e r Bergwerks- und Hüttenvereins angekündigt.

In Ratingen bei Düsseldorf streiken die Glasarbeiter der Großfirma Vorgmann. Die Leute verlangen neunstündige Arbeitszeit und sonstige bestehende Zustände. Sogar der Bürgermeister hat bei der Firma nicht gerade zu Ungunsten der Arbeiter vermitteln wollen, aber die Firma besteht auf zehnstündiger Arbeitszeit und sagt, wer sich nicht füge, könne ja gehen. Viele der Streikenden sind bereits abgereist. Zugang nach Ratingen bei Düsseldorf ist ferngehalten!

Ausland.

An die Glasarbeiter aller Länder wendet sich die Organisation der belgischen Glasarbeiter mit der Bitte um Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Unternehmer. Bereits am 1. Juli traten

1000 Arbeiter in den Streik, bezw. sie wurden ausgesperrt; seit dem 1. August ist die Zahl der im Kampf stehenden Arbeiter auf 5000 gestiegen. Den Konflikt haben die Unternehmer herausbeschworen; ihr Kampf gilt der Organisation, deren Einfluß auf die Arbeitsbedingungen die Fabrikanten brechen möchten. Die Arbeiter halten mit großer Zähigkeit an der Organisation fest, die sie unter keinen Umständen zerstoren lassen wollen. Die Mittel des Verbands sind aber erschöpft und so wendet sich dieser an die Kollegen des Auslands. Etwasige Geldsendungen sind zu richten an Edmond Gilles in Loddefinfart- Belgien.

In Paris befinden sich seit dem 1. d. M. die Kürschner im Aufstand. Es wird dringend gebeten, aus Deutschland den Zugang fernzuhalten.

Vom amerikanischen Kohlenarbeiter-Streik melden die jetzt von dort hier eingetroffenen Blätter noch bemerkenswerte Einzelheiten. Die Arbeiter demonstrierten zu Gunsten ihrer Bewegung in „Paraden“ unter Vorantritt von Musikkapellen. So marschierten am 22. September um 4 Uhr früh mehrere Hundert Streiker von Andenried, Jeanesville und Mc Adoo nach der Coleraine-Mine. Die Spitze des Zugs bildeten 60 Frauen von Mc Adoo. In der Nähe der Coleraine-Mine erwartete ein Sheriff mit einer großen Anzahl von Polizeifolks die Manifestanten und folgte ihnen bis nach Beaver Meadow. Die Streikenden ließen sich nicht provozieren und so verlief die Sache unblutig. — In Scranton nahmen auch die in den Minen beschäftigten Jungen an den „Paraden“ teil. Tausende der Knaben marschierten in ihren Arbeitskleidern. Transparente zeigten die Inschriften: „Wir leben nicht, um zu streiken, sondern streiken, um zu leben.“ Ferner: „Acht Stunden; wir sind keine Slavs“ (Streikbrecher). „Wir können keine Schule besuchen!“

In Shenandoah kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen den Streikenden und einer Polizeitruppe des Sheriffs Toole. Dieser hatte seine 20 Mann starke Truppe durch weitere 20 „Bürger“ verstärkt. Diese „Bürger“ waren nichts anderes als arbeitsscheues Gesindel, das auf bequeme Manier etwas verdienen wollte. Nach den Verichten bürgerlicher Blätter sollen nun die Streikenden mit Steinen nach der Polizeitruppe geworfen haben, die arbeitstrennliche Presse bestreitet jede Provokation seitens der Ausständigen. Genuß, es kam zu einem Zusammenstoß. Die Polizisten resp. die als solche eingeschworbenen Stroche schossen auf die Menge und richteten unter den Beschlofen ein entsetzliches Blutbad an. John Schomontski erhielt einen Schuß in den Mund und wurde getötet. Der Mann hat Frau und Kind in Polen. Verwundet wurden acht Personen, unter ihnen ein kleines Mädchen, das einen Schuß in den Hals erhielt. Allein daraus erfährt man, wie die Menge zusammengekehrt war und daß sie angriffsweise gegen die Polizei gar nicht vorgehen konnte, aber auch die Art der Verwundungen beweist, daß die Leute der Polizei keine Beachtung schenkten, denn sie sind teilweise von der Seite oder gar in den Rücken getroffen worden. Man darf also wohl den Streikern glauben, daß sie ihrerseits nichts gethan haben, was einen solchen schmählichen Angriff rechtfertigte.

Ein hiesiges Telegraphenbureau meldet aus New York: Der allgemeine Eindruck gehe dahin, daß der Streik der Bergarbeiter bald als erledigt betrachtet werden könne. Die Eisenbahn-Gesellschaften bezw. die Bergwerksbesitzer sind entschlossen, die Forderungen der Arbeiter zu bewilligen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

China.

Wien, 4. Oktober. Wie die „Wiener Abendpost“ meldet, beträgt die Stärke der Marinekruppen des österreichisch-ungarischen Geschwaders in Ostasien zur Zeit etwa 1020 Mann. Seit der Ankunft des Feldmarschalls Grafen v. Waldersee sind diese Kruppen dessen Oberkommando unterstellt. Wie das österreichisch-ungarische Geschwaderkommando in Ostasien meldet, wurden am 2. d. M. laut Beschluß der Admirale das Sidsort von Schan-hai-kwan, der dortige Vahnhof sowie drei weitere Forts durch die Verbündeten besetzt. An der Besetzung des Bahnhofs und zweier Forts waren auch österreichisch-ungarische Marinesoldaten beteiligt.

Rom, 4. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ meldet unter dem 2. d. Mts. aus Schan-hai-kwan: Infolge Aufforderung seitens der Admirale verließen die Chinesen die Befestigungen mit ihrer Artillerie und Kriegsmunition. Heute vormittag belegten die Verlegierten in sehr kurzer Zeit mehrere Forts am äußersten Ende der Großen Mauer, wobei zahlreiche Chinesen getötet bezw. gefangen genommen wurden. Die internationalen Marinekruppen besetzten 6 gut armierte Innenforts.

London, 4. Oktober. Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Peking, den 29. v. M., telegraphiert: Die hiesigen Truppenkommandanten bereiten den offiziellen Empfang des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee seitens der verschiedenen fremden Truppenkörper vor. Eine kombinierte Kavallerietruppe wird dem Generalfeldmarschall von Tzung-tschou nach Peking geleitet.

Washington, 4. Oktober. (Redung des Reuterischen Bureaus.) Von dem Staatssekretär hat heute dem deutschen Geschäfts-träger Herrn. Speck von Sternburg eine Note zugestellt, welche sich günstig über den Vorschlag Deutschlands betr. die Verstrafung der Chinesen auspricht und erklärt, daß der amerikanische Gesandte in Peking Conger die Weisung erhalten habe, sich über die Namen derjenigen Chinesen zu vergewissern, welche zu bestrafen seien, und zu untersuchen, ob die Strafe, der diese Chinesen unterliegen sollten, ausreichend sei, und ob irgend welche Bestrafung auch thatsächlich erfolgt sei.

New York, 4. Oktober. (Telegramm des Reuterischen Bureaus.) Hier ist folgende Depesche aus Taku, datiert den 1. Oktober, eingetroffen: Drei britische Regimenter verlassen Taku am 2. d. M., um als Garnison für Schan-hai-kwan und Tchung-tschou zu dienen und von der Eisenbahn Westy zu ergreifen.

Tientsin, 1. Oktober. (Telegramm des Reuterischen Bureaus.) Auf der Eisenbahn zwischen Tzung-tschou und Tschu-tschwang (?) fand ein Zusammenstoß statt. Mehrere Russen und Chinesen wurden getötet, eine große Anzahl verlegt.

Tientsin, 1. Oktober. (Telegramm des Reuterischen Bureaus.) Wie aus authentischer chinesischer Quelle gemeldet wird, entsandte die Kaiserin den höchsten Beamten des Reichs, mit dem Auftrage, alle notwendigen Anordnungen zu den höchsten Ehreerweisungen für die Leiche des Gelehrten Freiherren von Ketteler zu treffen. Ferner wurde von der Kaiserin bestimmt, daß in der Hauptstadt ein würdiger Tempel um Gedächtnis des Ermordeten errichtet werde, und daß, wenn die Leiche Tientsin und die chinesischen Hafenorte passiere, der Oberaufseher des Handelsverkehrs in Tientsin sowie die ersten Beamten der Hafenplätze ihr die höchsten Ehren erweisen. Die Prinzen Tuan, Lan-ji und drei andre sowie Kang-ji sind aller ihrer Würden und Kemter verlustig erklärt worden. Tzung-tschou und alle an der Boyer-Bewegung Beteiligten sollen nach degradiert werden.

Frankfurt a. M., 4. Oktbr. (W. Z. B.) Nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ stürzte in einem bei Eschirchen gelegenen Bleibergwerk ein alter Bau ein, unter welchem eine Anzahl Arbeiter vor dem Regen Schutz suchte. 6 Mann wurden getötet, eine Person erlitt schwere Verletzungen. Die Gerichtsbehörde hat an Ort und Stelle eine Untersuchung über die Ursache des Unglücks eingeleitet.

London, 4. Oktober. (W. Z. B.) Bis 6 1/2 Uhr abends waren gewählt: 222 Ministerielle, 54 Liberale und 43 irische Nationalisten. Die Ministerielle gewinnen 8, die Liberale 11 Sitze.

Var-le-Duc, 4. Oktober. (W. Z. B.) In einem Legenduell wegen einer Zeitungspolemik tötete der nationalistiche Deputierte Ferritte den Gemeinderat Maxier.

Vom Wahlkampf in England.

London, den 2. Oktober.

Wir stehen inmitten des Wahlkampfes, der teilweise mit großer Erbitterung geführt wird. Die Liberalen machen Nischenanstrengungen, ihre Position zu verbessern, aber es ist eine Heidenarbeit, die wenig Erfolg verspricht. Die Partei hat zu viel Faktoren gegen sich. In Wort und Schrift richtet sie ihre Hauptgeschosse gegen Chamberlain, der die exponierteste Stellung im konservativ-unionistischen Lager einnimmt und sich durch die Festigkeit seiner Reden viele Wähler zieht. Indes ist all seinen Tugenden und Tugenden ist Mr. Chamberlain ein Führer, während es den Liberalen zur Zeit an einem allgemein anerkannten Führer fehlt. Und das ist bei der Wahl für das Parlament, das die Politik des britischen Reichs bestimmt, ein ungeheurer Nachteil.

Nachdem am Freitag die ersten Kandidaturen von Kandidaten stattgefunden haben, die in solchen Wahlkreisen, wo kein Gegenkandidat angemeldet ist, die sofortige Proklamierung des Kandidaten zum Abgeordneten bedeuten, haben gestern (Montag) die ersten wirklichen Wahlen stattgefunden. In West-Yorkshire war ein der Opposition unangünstiges. Von 19 besetzten Sitzen fielen 12 den konservativ-Unionisten und 7 den Liberalen zu. Die Konservativen nahmen ihren Gegnern zwei, diese jenen einen ab, so daß die liberale Opposition einen Sitz verlor. Außerdem haben auch in Irland die Nationalisten einen Sitz an die Konservativen verloren. Von den drei Sozialisten, die gestern zur Wahl gingen, drang keiner durch, obwohl zwei von ihnen — Keir Hardie in Preston (West-Yorkshire) und William Thorne in Süd-Westham — nur konservative Gegenkandidaten hatten und Thorne von den Liberalen lebhaft unterstützt wurde. Thornes Niederlage ist eine große Enttäuschung. Der Generalsekretär der Gewerkschaften erregte sich allgemeiner Achtung und nimmt in seinem Wahlkreis als Gemeinderat eine so hervorragende Stellung ein, daß alle Welt auf seinen Sieg rechnete. In ihm hätte die Arbeitergruppe im Parlament einen trefflichen Zuwachs erhalten. Aber trotzdem ihn die Liberalen auf ihre Liste genommen hatten und auch die Iren ihn unterstützten, hatte er gegen 1894 nur 404 Stimmen Zuwachs, während der konservative seine Stimmen um 865 vermehrte. Im ganzen erhielten die gestern zur Wahl gestandenen Sozialisten Stimmen:

- J. Keir Hardie (Unabh. Arb.-Partei) in Preston 4334, gegen 1895 mehr 53.
 - Will. Thorne (Socialdemokrat. Föderation) in Süd-Westham, 4439, gegen 1895 mehr 464.
 - Allen Clarke (Unabh. Arb.-Partei) in Rochdale, 901, gegen 1895 weniger 350.
- Mit ziemlich günstigen Aussichten stehen noch zur Wahl:
- Fr. Brodichurst (Unabh. Arb.-Partei), Südwest-Manchester.
 - A. E. Fletcher (Unabh. Arb.-Partei), Camlachie-Glasgow.
 - J. B. Jowett (Unabh. Arb.-Partei), West-Bradford.
- Weniger günstig sind die Aussichten von:
- G. Lansbury (Socialdemokrat. Föderation), Bowdoin Bromley bei London.
 - J. Johnston (Unabh. Arb.-Partei), Winton unter Tyne.
 - P. Seddon (Unabh. Arb.-Partei), Blackburn.
 - J. Parker (Unabh. Arb.-Partei), Halifax.
 - J. R. MacDonald (Unabh. Arb.-Partei), Leicester.
 - J. Barker (Unabh. Arb.-Partei), Newcastle on Tyne.
 - J. Keir Hardie (Unabh. Arb.-Partei), Merthyr Tydfil (Wales).

Damit ist die Liste der von den sozialistischen Gruppen selbstständig aufgestellten Kandidaten im wesentlichen erschöpft. Hier und da werden noch Sozialisten als Kandidaten genannt, die aber kaum ihre Kandidatur aufrecht erhalten werden. Für Fr. Brodichurst, A. E. Fletcher, J. B. Jowett und G. Lansbury treten auch die Liberalen ein. Desgleichen unterstützen Liberale und Sozialisten die Kandidatur des als „unabhängig liberal“ aufgestellten W. P. Dyles in St-Leeds.

Zu den liberalen Arbeitervertretern, die schon dem letzten Parlament angehört, sind von den Liberalen noch folgende Arbeiterkandidaten aufgestellt worden:

- A. Bell (Eisenbahner-Verband) in Derby.
- A. Willie (Schiffszimmerer-Verband) in Sunderland.
- J. B. Stevens (Zinnblech-Arbeiter) in St-Birmingham.
- J. Lodge (Stahlhütten-Arbeiter) in Glamorgan.
- W. Ragwell (Schottische Großhandels-Gesellschaft), Aberdeen-Glasgow.
- Ben Jones (Englische Großhandels-Gesellschaft), Deptford-London.

Die meisten dieser Kandidaturen sind als sehr aussichtslos zu bezeichnen. Nicht ungenutzt ist dagegen der Sitz für St-Birmingham, der einzige der sieben Wahlkreise Birmingham's, wo es diesmal überhaupt einen Kampf gibt. Die andern sechs Sitze haben die Liberalen kampflos der Chamberlain-Gruppe überlassen, den stehenden hoffen sie ihr dagegen mit Hilfe der organisierten Arbeiter zu entreißen. Und einen besseren Kandidaten wie J. B. Stevens, der Vorsitzender des Gewerkschaftsrats und Stadtverordneter in Birmingham ist, konnten sie zu diesem Zweck kaum anschaffen. Chamberlain selbst, der alles in Bewegung setzt, seiner Partei den Sitz zu erhalten, gab zu, daß Stevens Tätigstes in der Stadtverwaltung geleistet habe und der Mann sei, zu dem jeder Arbeiter Birmingham's gehe, der sich beschwert fühle. Aber das seien, sagte der Preisstämpfer der unionistischen Koalition mit lecker Nabelstift hinzu, alles Gründe, Stevens in Birmingham zu behalten und nicht nach Westminster zu schicken, wo die Arbeitervertreter nur eine schädliche Rolle — „wie Fische im Trocknen“ — spielen. Folgte eine bissige Kritik der Tätigkeit der Arbeiter-Abgeordneten im englischen Parlament, die meist nur Kammerien in der Stimm-Maschine seien. Diese mindestens sehr übertriebene Kritik wird jetzt von den Liberalen in Presse und Versammlungen weidlich gegen Chamberlain ausgeübt.

Heute noch als in St-Birmingham wird in Battersea (London), dem Wahlkreis von John Burns, gekämpft. Hier setzen die Tories alles in Bewegung, den populärsten Volkredner Englands aus seinem Wahlkreis zu vertreiben. Aber Burns hat diesmal nicht nur den ganzen Wahlapparat der Liberalen auf seiner Seite, sondern auch alle Sektionen der Arbeiterbewegung, die Sozialisten beider Fraktionen und die Gewerkschaftler aller Schattierungen. Für seinen Gegenkandidaten, einen Fabrikanten von Vorprodukten für das Brauergewerbe, kämpft das Brau- und Schankgewerbe mit seinem Anhang — ein durchaus nicht zu unterschätzender Gegner.

Darauf hat um seinen Sitz auch der Arbeiter Will. Steadman zu kämpfen, der im letzten Parlament Abgeordneter für Stepney (St-London) war und auch jetzt dort für die vereinigten Liberalen und Arbeitervereine kandidiert, desgleichen Fred. Madison, bisher Abgeordneter für die Liberalen und organisierten Arbeiter von Brightside-Sheffield, der es gewagt hat, im Gegenjahre zur Masse seiner Wähler von Anfang an energisch gegen die Ver-

kämpfung der Vorentscheidungen zu protestieren. Die Sitze der meisten Bergarbeiter-Vertreter scheinen gesichert, zumal mehrere von ihnen sich in der Kriegesfrage eher für als gegen die Regierung ausgesprochen haben.

Die Wahlen werden sich bis Mitte des Monats hinziehen und zwar machen die Wahlen in den städtischen Wahlkreisen (den Boroughs) den Anfang. Da in den Städten die Konservativen seit langem die Oberhand haben, ergeben die ersten Tage immer große konservative Mehrheiten. Erst die sogenannten ländlichen Wahlkreise, zu denen die vielen kleinen Industriestädte und Industriedörfer gehören, bringen eine größere Anzahl von liberalen Siegen. Es sind im ganzen 670 Abgeordnete zu wählen, und zwar von 8792618 Wählern, so daß im Durchschnitt auf jeden Abgeordneten etwas über zehntausend Wähler entfallen. Doch sind die Wahlkreise von sehr ungleicher Größe. Der Kampf wird mit großer Festigkeit geführt, und man tut daher gut, von den ihm und her geschleuderten Angriffen ein gutes Stück abzugeben. Den Mittelpunkt des Wahlkampfes bildet diesmal, wie schon bemerkt, die Person des Kolonialministers Chamberlain. Für oder wider Chamberlain ist fast überall die Parole. Obwohl er selber schon gewählt ist, bilden Angriffe auf ihn das stehende Thema der Oppositionspresse. Die Regierung, der er angehört, zu stürzen, ist keine Aussicht vorhanden, das meiste, was die Opposition erhoffen kann, ist eine Reduktion der Regierungsmehrheit.

Heute wird u. a. in Battersea, Deptford, Blackburn, Bradford, Manchester und Middleborough gewählt, in welcher letzterer Stadt der Arbeiterführer Wilson Kandidat der Liberalen ist.

Rachschrit: Bis Mitternacht sind die Resultate von fünf Wahlkreisen bekannt, wo Arbeitervertreter kandidierten. Davon ist John Burns mit unbedeutend vermehrter Mehrheit wiedergewählt. Dagegen sind Brodichurst (Süd-West-Manchester), Snowdon (Blackburn), Ben Jones (Deptford) und J. Jowett (West-Bradford) unterlegen, der letztere mit nur 41 Stimmen Minderheit. London und Lancashire wählen überwiegend unionistisch, anderwärts aber haben die Liberalen gute Resultate erzielt und bis jetzt den Gegnern drei Sitze mehr abgenommen als diese ihnen. —

Sociales.

Der Gesundheitszustand der Ruhrbergleute. Der Gesundheitszustand war ungünstig, so wird im Jahresbericht des Allgemeinen Knappschäfersvereins vom 1. April mitgeteilt. Harmlose Gemüter können bei solcher, nicht kommentierten Erklärung wohl denken, der Gesundheitszustand sei das Resultat von Einwirkungen der Natur, deren Beeinflussung der menschlichen Machtspähre entrückt sei. Das ist aber weit gefehlt. Der Gesundheitszustand einer Berufsgruppe, einer Kategorie von Arbeitern ist einfach der getreue Reflex der Arbeitsverhältnisse. Je ungesünder diese, je ungünstiger auch der Gesundheitszustand. Mit der steigenden wirtschaftlichen Konjunktur und der damit bedingten intensiveren Produktion, des Ueberlichstummens bei mangelhaften sanitären Einrichtungen schneller überall die Erkrankungsziffern empor. Und so hat auch der Knappschäfersverein in den letzten Jahren eine stetig wachsende Erkrankungsziffer zu verzeichnen. Von 100 Mitgliedern erkrankten durchschnittlich:

Jahr	Fälle	Krankentage
1897	52	892
1898	53,1	867
1899	60,4	989

Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich hier nur um entschädigungslos erkrankende Fälle handelt, um solche mit mehr als dreitägiger Arbeitsunfähigkeit. Die Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Gesamt-Erkrankungsfälle zeigen folgendes Bild:

Jahr	Mitglieder	Erkrankungsfälle
1897	182 141	94 721
1898	198 287	105 204
1899	213 258	128 737

Gestorben sind im Berichtsjahr, einschließlich der im Dienst verstorbenen 322 Arbeiter, 1926 Personen oder 0,603 Proz. Das sind die Resultate der günstigen Konjunktur für die Bergarbeiter.

Daß nicht lediglich die Natur des Bergbaubetriebs, sondern vorwiegend die direkten Arbeits- und Lebensverhältnisse die hohen Erkrankungsziffern bedingen, ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich. Schleicht man die Erkrankungsfälle infolge Unfall vollständig aus, dann entfallen von den gewöhnlichen Erkrankungsfällen auf je 100 Mitglieder der

	1897	1898	1899
1. Beamten-Abteilung	14	14	14
2. Ständige Mitglieder	13	16	15
Unständige Mitglieder	41	42	48
Unständige Mitglieder	37	33	45

Während also die Erkrankungsfälle bei den beiden Arbeiterkategorien, die der Beamtenklassen um 200 bis 300 Prozent übersteigen, ist bei letzteren die Dauer des Krankengeldbezugs bedeutend länger, als bei jenen, wie folgendes Bild zeigt. Es entfielen auf je einen Erkrankungsfall bei der

	1897	1898	1899
1. Beamten-Abteilung	29	25	25
2. Ständige Mitglieder	24	29	29
Unständige Mitglieder	17	17	18
Unständige Mitglieder	13	13	13

Diese Tabelle zeigt deutlich, daß je niedriger das Einkommen und dementsprechend auch das Krankengeld, desto länger die Krankheitszeit. Das niedrige Krankengeld zwingt die Arbeiter, unbedenklich um die Folgen, die Arbeit möglichst schnell wieder aufzunehmen. Die Beamten dagegen, die bei Krankheit keinen Lohnausfall erleiden, können bei Erkrankungen ruhig die vollständige Ausheilung abwarten.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Weddingpark“, Müllerstr. 178: Vortrag des Herrn Dr. Leo Krone über das Thema: „Die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften“. Um zahlreichem Besuch der Mitglieder und Gäste bitte.

Der Vorstand.

Versammlungen.

Die Maurer (Vertrauensmänner - Centralisation) hielten am Mittwochabend in den „Roussin-Sälen“, Katerstraße, eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder Ferdinand Kohn, Wabst, Friedrich Frige und Trauske in der üblichen Weise geleistet. Die Redner stellten fest, daß die unzulässigen Gerüchte, wonach er eine Heiligkeit der Accordmänner besucht haben soll, unrichtig seien. Der Kollege Jöhl hielt ein längeres Referat über das Bestreben der Schachmacher im Baugewerbe. In der Diskussion, in welcher das viele Ueberstundemachen getadelt wurde, sprachen sich verschiedene Redner gegen die im vorigen Jahre getroffenen Vereinbarungen im Baugewerbe aus, diese Kontakte verleihten zur Nachlässigkeit innerhalb der Organisationsfrage, während es Pflicht sei, dem Unternehmertum gegenüber in Kämpferstellung zu bleiben. Der Referent und Mit-

glieder der Schächner-Kommission betontem dem gegenüber, daß die Vereinbarungen im Baugewerbe doch etwas anderes seien, als die Tarifgemeinschaft in andren Verufen, die allerdings zur Stagnation und zum politischen Indifferentismus führe. Die Versammlung nahm folgenden Antrag an:

„Da laut Vertrag im Oktober die Schächner-Kommission zusammentritt, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr festzusetzen, werden die Vertreter unserer Organisation in der Schächner-Kommission angewiesen, auf der Basis des alten Vertrags in Unterhandlungen mit den Unternehmern zu treten.“

Abdam wurde ein Antrag angenommen, demzufolge vom 8. Oktober ab der Beitrag zum Streikfonds von 50 auf 25 Pf. herabgesetzt wird. Die Kollegen wurden darauf aufmerksam gemacht, daß jetzt laut Vertrag nur noch 8 1/2 Stunden gearbeitet wird und daß pro Stunde 65 Pf. bezahlt werden muß. Differenzen, die hieraus entstehen sollten, müssen sofort der Kommission mitgeteilt werden. Ferner wurde auf die Wahl im nächsten Kreise und auf die am Sonntag dort stattfindende Flugblattverbreitung hingewiesen.

Samariterkursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Am 17. September fand eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende erstattete den Bericht über den Sommerkursus und über die Tätigkeit der Samariterkolonne. Die Mitgliederzahl beträgt 112. Beim Beginn des Kursus ließen sich 25 neue Teilnehmer einschreiben. Die Bibliothek wurde um 33 Bände vermehrt. Die Kolonne wurde bei größeren Festen siebenmal in Anspruch genommen, wobei 113 Erkrankungsfälle zur Behandlung kamen. Der Kassierer verlas sodann den Kassenbericht und zwar vom Kursus: Einnahme 128,15 M., Bestand am 31. März 876,52 M., Ausgabe 285 M., bleibt Bestand 209,67 M. Dem Kassierer wurde demnach eine Ausgabe 688,85 M., Bestand am 31. März 414,51 M., Ausgabe 734,05 M., bleibt Bestand 319,41 M. Dem Kassierer wurde demnach Decharge erteilt. Nach längerer Diskussion wurde die Versammlung bis zum 24. September vertagt. In der darauf folgenden Versammlung wurden mehrere Anträge dem Vorstande überwiegen. Nachdem noch verschiedene Vereinsangelegenheiten geregelt wurden, wird die Versammlung geschlossen. Der Winterkursus beginnt in der Centrale am 12. Oktober und in der Filiale 15. Oktober.

Die Errichtung eines städtischen paritätischen Arbeiternachweises erregten die organisierten Arbeiter in Spandau. In einer öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung, welche am Dienstag abend dorfselbst tagte, gelangte nach einem Referat des Genossen Koblenzer-Veltri und nach einer kurzen Diskussion, an welcher sich auch unsere Stadtverordneten Dusch und Pieper beteiligten, folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die Gewerkschaftsversammlung richtet an die städtischen Körperschaften das dringende Ersuchen, möglichst bald aus städtischen Mitteln an Orte einen Arbeiternachweis für gewerbliche Arbeiter sowie für Dienstboten unter gleichberechtigter Verwaltung durch die Arbeitnehmer und Arbeitgeber und unter einem unparteiischen Vorsitzenden zu errichten.“

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten werden damit beauftragt, energisch auf die Errichtung eines städtischen paritätischen Arbeiternachweises hinzuwirken.“

In derselben Versammlung erstattete Koniger den Jahresbericht des Gewerkschaftslokales. Es haben sich mehrere neue Gewerkschaften gebildet, darunter die Gewerkschaft der Fabrik- und Land-Hilfsarbeiter, welche bereits 182 Mitglieder zählt; fast sämtliche bestehenden Gewerkschaften haben ihre Mitgliederzahl erheblich vermehrt; die Kartellierungen seien aber nur sehr mäßig von den Delegierten besucht worden. Die am Orte bestehende „Kommission für Arbeiterschutz“ habe kürzlich eine Visitenkontrolle vorgenommen und abschließende Mißstände in Bezug auf die Beschaffenheit der Bauarbeiten, Aborte etc. vorgefunden. Die Polizei solle sich lieber besser hierum als um die Zugehörigkeit der Arbeiter zur Sozialdemokratie kümmern. — An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Diskussion.

Schöneberg. Eine öffentliche Parteiversammlung beschäftigte sich am Dienstag, den 2. Oktober, im Klubhause mit dem Bericht von der Frauenkonferenz und dem Parteitag in Mainz. Die Delegierten des Kreises, Fr. Vogel-Charlottenburg, erstattete den Bericht von der Frauenkonferenz, indem sie die einzelnen zur Verhandlung gekommenen Punkte einer kurzen, übersichtlichen Erläuterung unterzog. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Bericht nicht. — Den Bericht über den Parteitag gab Schubert. Auch er gab ein übersichtliches Bild von den Verhandlungen des Parteitags, indem er die einzelnen Punkte der Tagesordnung in objektiver Weise erläuterte. Zudem von dem Kassierer Bericht über den Kassenbericht bemerkte Redner, er könne auch den Genossen unseres Kreises nicht den Vorwurf ersparen, daß sie ihre Pflicht der Parteifläche gegenüber nicht in vollem Maße gethan haben, denn es seien im verflochtenen Jahre nur 90,85 M. abgeliefert worden, wenn auch immerhin die großen Agitationskosten in unserm Kreise in Betracht kämen. — Hieran schloß sich eine sehr lebhaft Diskussions. — Pfeiffer unterzog die Gehaltsverhöhung des Genossen Fischer einer scharfen Kritik. Auch in Sachen der Weltpolitik hätten von unserer Partei ganz andre Schritte unternommen werden müssen. Betreffend den Beschluß der Beteiligung an den Landtagswahlen betont Redner, daß er, trotzdem er ein Gegner der Beteiligung ist, seine Schuldigkeit bei der nächsten Wahl thun werde. — Hoffmann findet den Zurückziehen, den die Berliner Delegierten in Sachen Fischer gemacht haben, nicht für richtig. — Wölke wünscht, daß sich der Parteitag doch einmal mit der Alkoholfrage beschäftige. Gabriel meint, daß wir mit Freudigkeit an die Landtagswahl herangehen müssen und uns nicht auf den gleichgültigen Standpunkt stellen und sagen: „Es wird ja doch nichts!“ Bäumer ist ebenfalls mit dem Beteiligungsbeschluß zufrieden. Gruhl-Rohawes, ebenfalls Delegierter des Kreises auf dem Parteitag, geht auf die Ausführungen Callwers ein, mit denen er sich in keiner Weise einverstanden erklären könne. Auch die Gehaltsverhöhung Fischers hält Redner nicht für gerechtfertigt. Bezüglich der Alkoholfrage meint Redner, daß dies nicht Sache des Parteitags sei. Je mehr Bildung unter die Arbeiter gebracht wird, desto mehr schwindet der Alkohol. Seine weiteste Verbreitung habe derselbe in den schwärzesten Gegenden, wo wir die geringsten Erfolge haben. — Silberschmidt ist der Meinung, daß die Gehaltsverhöhung Fischers doch nicht so aufgefaßt werden könne, wie von den Vorrednern betont wird, denn niemand könne ihm verargen, wenn ihm eine bessere Stellung geboten wird, daß er dann zugreift. Bezüglich der geringen Beiträge zum Parteifonds müsse zwischen den Gewerkschaften und der Partei ein Ausgleich stattfinden, denn die Arbeiter seien jetzt durch die Gewerkschaftsbeiträge mehr wie je in Anspruch genommen. Den Beschluß der Landtagswahl betreffend wünscht Redner, daß wir uns jetzt nicht mehr darüber streiten und daß jeder Mitglied aus der Versammlung schwinden möge. Nach einer kurzen Erwidrerung Schubert's und Hoffmann's fand dann die Diskussion ihr Ende. — Der Bericht der Vertrauensleute, Lokalkommission usw., findet in einer späteren Versammlung statt, da dieselben ihre Kassen so lange verwalten, bis die Neuregelung der Organisation im Kreise eintritt.

Charlottenburg. Am 27. September tagte bei Leder, Wisnardsstraße 74, eine Versammlung der Gewerkschaftskommission. Ein Antrag der Maurer, betreffend Einberufung einer allgemeinen Protestversammlung gegen die Aufnahme der Streikklausel in die Verträge der Unternehmer mit dem hiesigen Magistrat, wurde angenommen. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag von Fleming über „Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz“. Dem Referenten wurde alleseitig zugestimmt und beschlossen, in dieser Angelegenheit eine Protestversammlung einzuberufen. Zum 3. Punkt, Wandrerung unserer Geschäftsordnung, wurde, nachdem das Bedürfnis

6 Partei-Versammlungen

Dienstag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr:

1. Kreis: Arminhallen, Kommandantenstraße 20.
2. Kreis: Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
3. Kreis: Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.
4. Kreis: Urania, Wrangelstraße 9-10.
5. Kreis: Brauerei Bötzw, Prenzlauer Allee.
6. Kreis: Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.

Tages-Ordnung:

Bericht der Vertrauensleute, der Preßkommission, Totalkommission und Agitationskommission der Provinz Brandenburg und Neuwahl derselben. Berichterstattung von der Brandenburger Parteikonferenz und dem Parteitag.

Zahlreiches Erscheinen der Parteigenossen erwarten

Die Vertrauensleute.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen.

Versammlungen der Branchen.

Filiale I: Geschirr- und Galanterie-Sattler
Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Hofstraße Nr. 3.

Tagesordnung: 1. Der Militärarbeiter-Streit und wie erhalten wir und aktionsfähig. Referent: Kollege **Alb. Hoffmann**. 2. Disziplin. 3. Wahlen zum Vorstand und zur Parteikommission. 4. Verschiedenes.

Filiale III: Taschen- und Kofferbranche.
Dienstag, den 9. Oktober, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Filiale IV: Militäreffekten-Sattler
Sonnabend, den 6. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tagesordnung: Was lehrt uns unser Streit? Referent: Kollege **Alfred Riedel**. - Diskussion. - Verschiedenes.

Filiale V: Teppich- und Linoleumleger
jeden Montag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats abends 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Filiale VI: Wagen-Sattler
Dienstag, den 9. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus von Mörchel, Jüdenstraße, Ecke Stralauerstraße.

Tagesordnung: 1. Konstituierung des Vorstands. 2. Agitation. 3. Verschiedenes.
Alle Sammelstellen müssen in diesen Versammlungen zur Stelle sein. Um recht zahlreiche Beteiligung ersuchen Die Vorstände.

Sonnabend, den 27. Oktober cr.,

in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57:

XII. Stiftungs-Fest.

Großes Konzert. Gesangsvorträge der Gesellschaft Strzelewicz sowie des

Gesang-Vereins der Sattler.

Festrede vom Kollegen **Assmann**.

Während der Vorstellung im Nebenraum, nach derselben in beiden Sälen

Tanz.

Eröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Entree Damen 40 Pf., Herren inkl. Tanz 60 Pf.
Billets sind in sämtlichen Versammlungen sowie bei den bekannten Kollegen zu haben.
Um rege Beteiligung ersucht Das Vergnügungskomitee.

Centralverband der Maurer Deutschlands

Zahlstelle I Berlin.

Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Vortrag über die Weltausstellung in Paris. Referenten: Kollegen **Dähne** und **Simanowski**. 3. Verschiedenes. 134/20
Wir erinnern nochmals die Kollegen daran, daß mit dem 1. Oktober die neue Arbeitsordnung in Kraft getreten ist und die tägliche Arbeitszeit abends 6 1/2 Uhr endet. Wir bitten, daß überall darauf geachtet wird; alle Fälle, wo von den Kollegen länger gearbeitet wird, erwidern wir uns umgehend, wenn möglich persönlich, in unserem Bureau zu melden.
Im Auftrage der örtlichen Verwaltung: **Franz Schulz**.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbli. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Berlin I.

Sonntag, 7. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Lokal von **Graumann**, Raunhufstr. 27:

Mitglieder-Versammlung mit Frauen.
Tagesordnung:
1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.
2. Abrechnung vom 3. Quartal 1900. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Nach der Versammlung: **Gemütliches Beisammensein**.
Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 7. Oktober, vorm. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Kassendbericht. 3. Neuwahl des 1. Vorsitzenden. 4. Fall Senger. 5. Bericht der Vier Kommission. 6. Verschiedenes. 34/3
Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre neuen Statutenbücher abzugeben und beide Karten zur Abstrempelung vorzulegen, da sonst § 5 in Kraft tritt. Karten werden von 1/2-11 Uhr ausgegeben.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Deute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: [1075]

Sitzung der Orts-Verwaltung.

Orts-Krankentasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Erste Abänderung zum Statut der Orts-Krankentasse der Sattler und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Artikel 1.
§ 12 Biffer 2 des Statuts erhält folgende Fassung:

Im Fall der Erwerbsunfähigkeit vom ersten Tage der Erkrankung für jeden Kalendertag, einschließlich der Sonn- und Feiertage, die Hälfte des im § 11 festgesetzten Tagelohns.

Artikel 2.
Die vorstehende Abänderung tritt am ersten Montag nach der statutenmäßigen Bekanntmachung in Kraft.

H. Marske, Vors. H. Fänge, Schriftf. Genehmigt
Berlin, den 14. September 1900.

Namens des Bezirksausschusses: (L. S.) Der Vorsitzende: J. S.: Sibir. ad 3903 Gov. II/00. ad 3572 Gov. II/00. 273/5

Vorsitzende Abänderung macht hiermit statutenmäßig bekannt
Berlin, den 5. Oktober 1900.

Der Vorstand der Orts-Krankentasse der Sattler u. verw. Gew. zu Berlin: H. Werner, Vors., Rantewitzstr. 29. J. Rülke, Schriftf., Weinbergsweg 6.

Achtung! Kupferschmiede. Achtung!

Sonnabend, den 6. Oktober, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15:

Oeffentl. Versammlung d. Kupferschmiede Berlins.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **G. Wagner**: Das Reichs-Feudengeleß und die Gesundheitspflege des Proletariats. 2. Abrechnung vom Dispositionsfonds. 3. Wahl von drei Revisoren. 4. Bericht des Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission und Neuwahl der öffentlichen Kommission. 5. Verschiedenes. 99/7
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Einberafer.

Achtung! Nabigspanner und Träger! Achtung!

Sonntag, d. 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn **G. Jannasch**, Inselstrasse 10:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von der letzten Jahreshellen-Konferenz. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 337/6
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Ziichler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Reichsforstraße 15:

Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Ingenieurs **Herrn Grempe** über: „Technische Fortschritte im Bergbau.“ 2. Diskussion. 199/8
Ausgabe der Billets zu dem am 20. Oktober stattfindenden Stiftungsfest. - Regen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 7. d. M., vormittags 11 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

des Verbands der Bauarbeiter Deutschlands im Lokal des Herrn **Zimmermann**, Badstr. 58.

Tages-Ordnung:
1. Der Kapitalismus am Ende der Prosperitätsperiode. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Rosenow**. 2. Abrechnung vom 3. Quartal und vom Sommerergebnis. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 43/8
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

für Hute auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [50942]
Knabenstuhle 1-3 R.
Herrenstuhle
weich 1,75-5,25
steif 2,00-5,25
Cylinderhüte 4,00-12,00
Chapeaux claque 8,00-10,00
im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert**
Gut-Engros-Geschäft
Walbemarstr. 44, part. Kein Laden.



Margarine!

Wahnschaffe & Co.
Filiale: 5488L*
Berlin C., Neue Friedrichstr. 50.
Marke: **Meierei**, das Beste, was existiert.
Zu beziehen durch die Geschäfte.

zur Freilegung des Königl. Schlosses zu Königsberg i. Pr.
6240 Geldgewinne im Betrage von
190,000 Mark.
Die Hauptgewinne sind spec.
50 000, 20 000, 5 000, 3 000, 2 000, 1 000 Mark etc.
Original-Loose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Geschäft
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
Filiale: Berlin NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 13. bis 17. Oktober cr.

Königsberger Geld-Lotterie

zur Freilegung des Königl. Schlosses zu Königsberg i. Pr.
6240 Geldgewinne im Betrage von
190,000 Mark.
Die Hauptgewinne sind spec.
50 000, 20 000, 5 000, 3 000, 2 000, 1 000 Mark etc.
Original-Loose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Geschäft
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
Filiale: Berlin NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 13. bis 17. Oktober cr.

zur Freilegung des Königl. Schlosses zu Königsberg i. Pr.
6240 Geldgewinne im Betrage von
190,000 Mark.
Die Hauptgewinne sind spec.
50 000, 20 000, 5 000, 3 000, 2 000, 1 000 Mark etc.
Original-Loose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Geschäft
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
Filiale: Berlin NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 13. bis 17. Oktober cr.

zur Freilegung des Königl. Schlosses zu Königsberg i. Pr.
6240 Geldgewinne im Betrage von
190,000 Mark.
Die Hauptgewinne sind spec.
50 000, 20 000, 5 000, 3 000, 2 000, 1 000 Mark etc.
Original-Loose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Geschäft
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
Filiale: Berlin NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 13. bis 17. Oktober cr.

zur Freilegung des Königl. Schlosses zu Königsberg i. Pr.
6240 Geldgewinne im Betrage von
190,000 Mark.
Die Hauptgewinne sind spec.
50 000, 20 000, 5 000, 3 000, 2 000, 1 000 Mark etc.
Original-Loose à 3 Mark (Porto u. Liste 30 Pf.) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Geschäft
Berlin W., Friedrich-Strasse 181.
Filiale: Berlin NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 13. bis 17. Oktober cr.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser neues Mitglied

Wilhelm Schure

nach langem, schwerem Leiden am Dienstag früh an der Proletarierkrankheit gestorben ist.
Eure feinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Wiesenstraße 9, nach dem freiwilligen Friedhof, Pappell-Allee, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
129/18
Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder

Franz Quejt

am Sonnabend, den 29. Sept., infolge eines Unfalls verstorben ist.
Eure feinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittag um 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle der Sebastian-Gemeinde in Reinickendorf aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Bernhard Schmidt

am 2. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 5. d. M., nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Genuß-Richt- hofs, Rixdorf, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
108/1
Die Ortsverwaltung.

Die weltbekannte Bettfedern-fabrik

Gesellschaft, Berlin, Pringelstraße 46, verleiht gegen Rücknahme ausstehender Bettfedern b. Pfd. 10 Pf., d. h. für 10 Pfd. 1,25, d. h. für 20 Pfd. 2,50, d. h. für 30 Pfd. 3,75, d. h. für 40 Pfd. 5,00, d. h. für 50 Pfd. 6,25, d. h. für 60 Pfd. 7,50, d. h. für 70 Pfd. 8,75, d. h. für 80 Pfd. 10,00, d. h. für 90 Pfd. 11,25, d. h. für 100 Pfd. 12,50, d. h. für 110 Pfd. 13,75, d. h. für 120 Pfd. 15,00, d. h. für 130 Pfd. 16,25, d. h. für 140 Pfd. 17,50, d. h. für 150 Pfd. 18,75, d. h. für 160 Pfd. 20,00, d. h. für 170 Pfd. 21,25, d. h. für 180 Pfd. 22,50, d. h. für 190 Pfd. 23,75, d. h. für 200 Pfd. 25,00, d. h. für 210 Pfd. 26,25, d. h. für 220 Pfd. 27,50, d. h. für 230 Pfd. 28,75, d. h. für 240 Pfd. 30,00, d. h. für 250 Pfd. 31,25, d. h. für 260 Pfd. 32,50, d. h. für 270 Pfd. 33,75, d. h. für 280 Pfd. 35,00, d. h. für 290 Pfd. 36,25, d. h. für 300 Pfd. 37,50, d. h. für 310 Pfd. 38,75, d. h. für 320 Pfd. 40,00, d. h. für 330 Pfd. 41,25, d. h. für 340 Pfd. 42,50, d. h. für 350 Pfd. 43,75, d. h. für 360 Pfd. 45,00, d. h. für 370 Pfd. 46,25, d. h. für 380 Pfd. 47,50, d. h. für 390 Pfd. 48,75, d. h. für 400 Pfd. 50,00, d. h. für 410 Pfd. 51,25, d. h. für 420 Pfd. 52,50, d. h. für 430 Pfd. 53,75, d. h. für 440 Pfd. 55,00, d. h. für 450 Pfd. 56,25, d. h. für 460 Pfd. 57,50, d. h. für 470 Pfd. 58,75, d. h. für 480 Pfd. 60,00, d. h. für 490 Pfd. 61,25, d. h. für 500 Pfd. 62,50, d. h. für 510 Pfd. 63,75, d. h. für 520 Pfd. 65,00, d. h. für 530 Pfd. 66,25, d. h. für 540 Pfd. 67,50, d. h. für 550 Pfd. 68,75, d. h. für 560 Pfd. 70,00, d. h. für 570 Pfd. 71,25, d. h. für 580 Pfd. 72,50, d. h. für 590 Pfd. 73,75, d. h. für 600 Pfd. 75,00, d. h. für 610 Pfd. 76,25, d. h. für 620 Pfd. 77,50, d. h. für 630 Pfd. 78,75, d. h. für 640 Pfd. 80,00, d. h. für 650 Pfd. 81,25, d. h. für 660 Pfd. 82,50, d. h. für 670 Pfd. 83,75, d. h. für 680 Pfd. 85,00, d. h. für 690 Pfd. 86,25, d. h. für 700 Pfd. 87,50, d. h. für 710 Pfd. 88,75, d. h. für 720 Pfd. 90,00, d. h. für 730 Pfd. 91,25, d. h. für 740 Pfd. 92,50, d. h. für 750 Pfd. 93,75, d. h. für 760 Pfd. 95,00, d. h. für 770 Pfd. 96,25, d. h. für 780 Pfd. 97,50, d. h. für 790 Pfd. 98,75, d. h. für 800 Pfd. 100,00, d. h. für 810 Pfd. 101,25, d. h. für 820 Pfd. 102,50, d. h. für 830 Pfd. 103,75, d. h. für 840 Pfd. 105,00, d. h. für 850 Pfd. 106,25, d. h. für 860 Pfd. 107,50, d. h. für 870 Pfd. 108,75, d. h. für 880 Pfd. 110,00, d. h. für 890 Pfd. 111,25, d. h. für 900 Pfd. 112,50, d. h. für 910 Pfd. 113,75, d. h. für 920 Pfd. 115,00, d. h. für 930 Pfd. 116,25, d. h. für 940 Pfd. 117,50, d. h. für 950 Pfd. 118,75, d. h. für 960 Pfd. 120,00, d. h. für 970 Pfd. 121,25, d. h. für 980 Pfd. 122,50, d. h. für 990 Pfd. 123,75, d. h. für 1000 Pfd. 125,00, d. h. für 1010 Pfd. 126,25, d. h. für 1020 Pfd. 127,50, d. h. für 1030 Pfd. 128,75, d. h. für 1040 Pfd. 130,00, d. h. für 1050 Pfd. 131,25, d. h. für 1060 Pfd. 132,50, d. h. für 1070 Pfd. 133,75, d. h. für 1080 Pfd. 135,00, d. h. für 1090 Pfd. 136,25, d. h. für 1100 Pfd. 137,50, d. h. für 1110 Pfd. 138,75, d. h. für 1120 Pfd. 140,00, d. h. für 1130 Pfd. 141,25, d. h. für 1140 Pfd. 142,50, d. h. für 1150 Pfd. 143,75, d. h. für 1160 Pfd. 145,00, d. h. für 1170 Pfd. 146,25, d. h. für 1180 Pfd. 147,50, d. h. für 1190 Pfd. 148,75, d. h. für 1200 Pfd. 150,00, d. h. für 1210 Pfd. 151,25, d. h. für 1220 Pfd. 152,50, d. h. für 1230 Pfd. 153,75, d. h. für 1240 Pfd. 155,00, d. h. für 1250 Pfd. 156,25, d. h. für 1260 Pfd. 157,50, d. h. für 1270 Pfd. 158,75, d. h. für 1280 Pfd. 160,00, d. h. für 1290 Pfd. 161,25, d. h. für 1300 Pfd. 162,50, d. h. für 1310 Pfd. 163,75, d. h. für 1320 Pfd. 165,00, d. h. für 1330 Pfd. 166,25, d. h. für 1340 Pfd. 167,50, d. h. für 1350 Pfd. 168,75, d. h. für 1360 Pfd. 170,00, d. h. für 1370 Pfd. 171,25, d. h. für 1380 Pfd. 172,50, d. h. für 1390 Pfd. 173,75, d. h. für 1400 Pfd. 175,00, d. h. für 1410 Pfd. 176,25, d. h. für 1420 Pfd. 177,50, d. h. für 1430 Pfd. 178,75, d. h. für 1440 Pfd. 180,00, d. h. für 1450 Pfd. 181,25, d. h. für 1460 Pfd. 182,50, d. h. für 1470 Pfd. 183,75, d. h. für 1480 Pfd. 185,00, d. h. für 1490 Pfd. 186,25, d. h. für 1500 Pfd. 187,50, d. h. für 1510 Pfd. 188,75, d. h. für 1520 Pfd. 190,00, d. h. für 1530 Pfd. 191,25, d. h. für 1540 Pfd. 192,50, d. h. für 1550 Pfd. 193,75, d. h. für 1560 Pfd. 195,00, d. h. für 1570 Pfd. 196,25, d. h. für 1580 Pfd. 197,50, d. h. für 1590 Pfd. 198,75, d. h. für 1600 Pfd. 200,00, d. h. für 1610 Pfd. 201,25, d. h. für 1620 Pfd. 202,50, d. h. für 1630 Pfd. 203,75, d. h. für 1640 Pfd. 205,00, d. h. für 1650 Pfd. 206,25, d. h. für 1660 Pfd. 207,50, d. h. für 1670 Pfd. 208,75, d. h. für 1680 Pfd. 210,00, d. h. für 1690 Pfd. 211,25, d. h. für 1700 Pfd. 212,50, d. h. für 1710 Pfd. 213,75, d. h. für 1720 Pfd. 215,00, d. h. für 1730 Pfd. 216,25, d. h. für 1740 Pfd. 217,50, d. h. für 1750 Pfd. 218,75, d. h. für 1760 Pfd. 220,00, d. h. für 1770 Pfd. 221,25, d. h. für 1780 Pfd. 222,50, d. h. für 1790 Pfd. 223,75, d. h. für 1800 Pfd. 225,00, d. h. für 1810 Pfd. 226,25, d. h. für 1820 Pfd. 227,50, d. h. für 1830 Pfd. 228,75, d. h. für 1840 Pfd. 230,00, d. h. für 1850 Pfd. 231,25, d. h. für 1860 Pfd. 232,50, d. h. für 1870 Pfd. 233,75, d. h. für 1880 Pfd. 235,00, d. h. für 1890 Pfd. 236,25, d. h. für 1900 Pfd. 237,50, d. h. für 1910 Pfd. 238,75, d. h. für 1920 Pfd. 240,00, d. h. für 1930 Pfd. 241,25, d. h. für 1940 Pfd. 242,50, d. h. für 1950 Pfd. 243,75, d. h. für 1960 Pfd. 245,00, d. h. für 1970 Pfd. 246,25, d. h. für 1980 Pfd. 247,50, d. h. für 1990 Pfd. 248,75, d. h. für 2000 Pfd. 250,00, d. h. für 2010 Pfd. 251,25, d. h. für 2020 Pfd. 252,50, d. h. für 2030 Pfd. 253,75, d. h. für 2040 Pfd. 255,00, d. h. für 2050 Pfd. 256,25, d. h. für 2060 Pfd. 257,50, d. h. für 2070 Pfd. 258,75, d. h. für 2080 Pfd. 260,00, d. h. für 2090 Pfd. 261,25, d. h. für 2100 Pfd. 262,50, d. h. für 2110 Pfd. 263,75, d. h. für 2120 Pfd. 265,00, d. h. für 2130 Pfd. 266,25, d. h. für 2140 Pfd. 267,50, d. h. für 2150 Pfd. 268,75, d. h. für 2160 Pfd. 270,00, d. h. für 2170 Pfd. 271,25, d. h. für 2180 Pfd. 272,50, d. h. für 2190 Pfd. 273,75, d. h. für 2200 Pfd. 275,00, d. h. für 2210 Pfd. 276,25, d. h. für 2220 Pfd. 277,50, d. h. für 2230 Pfd. 278,75, d. h. für 2240 Pfd. 280,00, d. h. für 2250 Pfd. 281,25, d. h. für 2260 Pfd. 282,50, d. h. für 2270 Pfd. 283,75, d. h. für 2280 Pfd. 285,00, d. h. für 2290 Pfd. 286,25, d. h. für 2300 Pfd. 287,50, d. h. für 2310 Pfd. 288,75, d. h. für 2320 Pfd. 290,00, d. h. für 2330 Pfd. 291,25, d. h. für 2340 Pfd. 292,50, d. h. für 2350 Pfd. 293,75, d. h. für 2360 Pfd. 295,00, d. h. für 2370 Pfd. 296,25, d. h. für 2380 Pfd. 297,50, d. h. für 2390 Pfd. 298,75, d. h. für 2400 Pfd. 300,00, d. h. für 2410 Pfd. 301,25, d. h. für 2420 Pfd. 302,50, d. h. für 2430 Pfd. 303,75, d. h. für 2440 Pfd. 305,00, d. h. für 2450 Pfd. 306,25, d. h. für 2460 Pfd. 307,50, d. h. für 2470 Pfd. 308,75, d. h. für 2480 Pfd. 310,00, d. h. für 2490 Pfd. 311,25, d. h. für 2500 Pfd. 312,50, d. h. für 2510 Pfd. 313,75, d. h. für 2520 Pfd. 315,00, d. h. für 2530 Pfd. 316,25, d. h. für 2540 Pfd. 317,50, d. h. für 2550 Pfd. 318,75, d. h. für 2560 Pfd. 320,00, d. h. für 2570 Pfd. 321,25, d. h. für 2580 Pfd. 322,50, d. h. für 2590 Pfd. 323,75, d. h. für 2600 Pfd. 325,00, d. h. für 2610 Pfd. 326,25, d. h. für 2620 Pfd. 327,50, d. h. für 2630 Pfd. 328,75, d. h. für 2640 Pfd. 330,00, d. h. für 2650 Pfd. 331,25, d. h. für 2660 Pfd. 332,50, d. h. für 2670 Pfd. 333,

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, VI. Wahlkreis. Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Sonntagvormittag eine Flugblatt-Verbreitung stattfindet. Wir ersuchen diejenigen, welche bei der Verbreitung helfen wollen, sich pünktlich morgens 8 Uhr (außer in den bekannten Stellen) in folgenden Lokalen einzufinden: J. Pfarr, Poststr. 10; Krause, Müllerstr. 7a; Schulze, Schwarzkopffstr. 15; Thomas, Gartenstr. 152; Brinkmann, Prinzen-Allee 21; Herrmann, Postbusenstr. 45; Bachgänger, Ewinemünderstr. 34; Kofin, Ruppiner- und Schönholzerstraßen-Ecke; Hoppe, Ackerstraße 21; Schönfeld, Fehrbellinerstraße 9. Zahlreiche Beteiligung der Genossen und Genossinnen ist Ehrenpflicht.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Friedrichshagen. Am Sonnabend, den 6. Oktober, abends 9 1/2 Uhr, findet im kleinen Saal von Karl Conrad eine Parteiverammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Delegierten, Genossen Gebauer, über den Mainzer Parteitag. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmanns, der Revisoren und der Lokalkommission. 4. Renwahl des Vertrauensmanns, der Revisoren und der Lokalkommission. 5. Wahl von Delegierten zur Kreiskonferenz. 6. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vertrauensmann.

Lokales.

Bürgermeister Brinkmann

Ist gestern in sein neues Amt eingeführt worden. Herr Richter hielt eine laue milde Ansprache. Der alte Longehand sprach kräftig von der Notwendigkeit des Schutzes der Selbständigkeit und Selbstverwaltung der Gemeinde. Dann nahm der Bürgermeister Brinkmann das Wort. Er skizzierte die Aufgaben der großen Städte — namentlich Berlins — proklamierte die Notwendigkeit eigener Regie für das städtische Verkehrswesen und fand auch warme Worte für die städtische Wohnungsreform und für die Fürsorge für die städtischen Angestellten und Arbeiter. Interessant war die Haltung der freisinnigen Majorität während der bürgermeisterlichen Rede. Immer länger wurden die Gesichter, immer verdunkelter starrten sich die Herren an.

Gar manchem kam wohl der faustliche Osterspaziergang ins Gedächtnis: „Rein, er gefällt mir nicht, der neue Bürgermeister“. Wir wollen hoffen, daß in diesem Fall das alte Wort: „Neue Wesen lehren gut“, nicht nur für den Anfang gilt!

Die Zahl der Wohnungslosen

im Familienhaushalt des städtischen Obdachs ist weiter gestiegen. Bis Donnerstagvormittag 10 Uhr sind noch 60 Familien mit 207 Köpfen hinzugelassen; im ganzen beherbergte das Obdach zu dieser Stunde 387 Familien mit 1573 Köpfen. Ferner sind zu den vorhandenen 173 Wirtschaften noch 10 weitere aufgenommen worden.

Daß es Arbeiterfamilien zur Zeit unmöglich ist, für gutes Geld eine Wohnung zu bekommen, ersieht man deutlich aus dem Umfange, daß fast alle Häupter der im Obdach aufgenommenen Familien am frühen Morgen ihrer regelmäßigen Beschäftigung nachgehen. Die Hausbesitzer vermieten einfach an Personen mit zahlreichen Kindern keine Wohnungen; sie wissen, daß dieser Artikel begehrter ist wie noch nie und unbedenklich von Leuten ihrer Wahl für einen Preis hingenommen wird, der selbst in Berlin unverschämter genannt werden muß. Gestern ging aus dem Rathaus eine Acte auf den Hauswirts, ein freundliches Entgegenkommen zu zeigen und doch Anerbietungen von etwa noch leerstehenden Quartieren der Inspektion des Obdachs zu übermitteln. Einige weiße Raben ausgenommen, werden die Hauswirte nicht schlecht geschimpft haben, als sie beim Morgenkaffee diesen Appell an ihr mildes Herz auf sich einwirken ließen.

Das Schlimme ist, daß der gegenwärtige Notstand in absehbarer Zeit kein Ende nehmen wird. Die Baukonjunktur beginnt zu stocken und was an Neubauten errichtet wird, enthält selbst in Arbeiter- und Arbeiterwohnorten meist nur große und mittlere, jedoch nur sehr selten kleinere Wohnungen.

Wäre es da nicht zu erwägen, ob die Stadt nicht mehr zu thun hätte, als sich der wohnungslosen Familien im Obdach anzunehmen? Was von der Verwaltung getan ist, ist aller Ehren wert; auf die Dauer genügt es aber nicht. Durch Erbauung kleinerer Wohnungen etwa auf eigenem Grund und Boden würde die Kommune nicht allein dem Notstand abhelfen, sondern sogar vorteilhaft für den Stadtsäckel wirtschaften. Einer solchen That, die das recht tief gesunkene Ansehen Berlins in sozialpolitischen Dingen beträchtlich heben würde, ist nichts im Wege als der Widerwille der Hausbesitzer. Freilich vergessen wir, daß diese Menschenklasse dank unserer herrlichen Kommunalgesetzgebung allmächtig ist und in ihrem gemeinschaftlichen Eigennutz es selbst bei zehnfach größerem Notstand nicht zu wirklichen Abhilfemaßnahmen kommen lassen würde.

Mit Beginn dieses Winterhalbjahrs wird die Zahl der Gemeindegemeinden Berlins um vier, von 237 auf 241, vermehrt; außerdem erhalten fünf Schulen sogenannte Filialen. Die vier neuen Schulen werden sämtlich in gemieteten Räumen eröffnet. Die Zahl der eigenen Schulgebäude wird um drei Doppel-Schulhäuser (Dunder, Odeberger- und Rosfelderstraße) und ein einfaches Schulhaus (Grenzstraße) vermehrt. In diese Häuser werden sieben bereits bestehende Gemeindegemeinden verlegt, die bisher in gemieteten Räumen untergebracht waren.

Ungehälter, Witwenpensionen, Erziehungsgelder usw. sollen künftig den Empfangsberechtigten, wenn sie es wünschen, von den königlichen Kassen durch die Post ins Haus geschickt werden. Diese Nachricht wird in den beteiligten Kreisen mit großer Befriedigung aufgenommen werden. Der Zwang, die Gelder alimonatisch bei den Kassen abzuholen, war ein aller Kopf, der allmählich recht lang geworden war und schon längst hätte abgehackt werden müssen. Man muß die Zustände, die sich daraus ergeben, selber einmal mit angesehen haben, um beurteilen zu können, was dieses unzeitgemäße Festhalten an einer veralteten, ebenfalls für die klein-städtischen Verhältnisse des vormärzlichen Berlin passenden Einrichtung für die das Geld abholenden Personen zu bedeuten hatte. Mancher invalide Unterbeamte, dem es besser gelaufen hätte, wenn er in seinem Großvaterstuhl hätte sitzen bleiben dürfen, manche arme Witwe, die dabei ihre Kinder und ihre Wirtschaft zu befragen hatte oder ihren Verdienst nachsehen mußte, war am Monatsersten gezwungen, nach der Kasse zu wandern und dort stundenlang auf ihre paar Groschen zu warten. Wenn der Weg weit war, mußte für die Hin- und Rückfahrt mehr ausgegeben werden, als die Zusendung durch die Post betragen hätte. Für schwache Personen war das Warten in den überfüllten, von starker Luft erfüllten Borkäumen, wo auch keine ausreichende Sitzgelegenheit vorhanden war, eine unerträgliche Qual. Wenn diesen Umständen jetzt endlich ein Ende gemacht werden soll, so handelt es sich dabei wahrscheinlich nicht einmal um eine Rück-

sichtnahme auf das Publikum. Ausschlaggebend dürfte die Rücksicht auf die Kassenbeamten gewesen sein, für die allerdings solch ein Monatsberster ebenfalls kein Vergnügen war.

Eine strenge Kontrolle für die Besucher des Lesesaals der königlichen Bibliothek ist jetzt eingeführt. Die Generalverwaltung der Bibliothek hat folgende Bekanntmachung erlassen: „Infolge unliebsamer Vorkommnisse wird vom 1. Oktober an von den Besuchern des Lesesaals die Vorzeigung der vorgeschriebenen Benutzungskarte (§ 4 der Benutzungsordnung) bezw. von Studierenden der Erlernungskarte verlangt werden. Einmalige Besucher ohne Karte haben sich beim aufsichtführenden Beamten zu melden.“

Der Nennuhr-Kadenschluß hat auch den Fernsprechbeamten Erleichterung verschafft. Die Zahl der in der Zeit von 9—10 Uhr abends geführten Gespräche weist eine ganz bedeutende Abnahme auf. So hatte beispielsweise das Amt III gestern in der Zeit von 9 1/4—10 Uhr nur insgesamt 30 Verbindungen herzustellen, während bei regulärem Betriebe früher mehr als die doppelte Zahl Gespräche geführt wurde.

Auch bei den „orientalischen Naturfängern“ im Theater Grand Hotel Alexanderplatz hat die Censur eingegriffen und das von der Direktion eingereichte Melodrama von Goldfaden „Die Opferung Isaaks“ für die Aufführung verboten.

Selbstmord eines Garde-Unteroffiziers. Mit militärischen Ehren beerdigt wurde vorgestern nachmittag auf dem Garnison-Friedhof in der Hasenheide ein Selbstmörder vom 2. Garde-Dräger-Regiment in der Pläckerstraße. Es handelt sich um den 22 Jahre alten, aus Ostpreußen stammenden Unteroffizier Arthur Hehles von der 2. Schwadron genannten Regiments, der sich am Sonntagvormittag auf dem Futterboden der Kaserne durch einen Revolverkugelschuss ins Herz getötet hatte. Schwere Verletzungen haben den jungen Mann in den Tod getrieben, denn das Rotte zu der That war nicht vor einer strengen Strafe, die ihm wegen einer Reihe von Diebstählen in Aussicht stand. An der Beerdigung nahmen teil der Major Prinz von Sachsen-Weimar, mehrere Offiziere, die Wachmeister und Unteroffiziere, sowie 30 Mann der Schwadron.

Zur Nachforschung nach einem verschwundenen jungen Berliner fordert der Landrat von Stettin auch die Amtsvorsteher und Gemeindevorstände des Kreises Teltow auf. Am Sonnabend, 20. September, vormittags, hat sich der Schüler Alfred Vooh, 19 1/2 Jahre alt, aus Berlin auf einem Zweirad entfernt, ohne daß bisher über seinen Aufenthalt dem Vater, Prokuristen Paul Vooh in Berlin, Wörtherstr. 5, etwas bekannt geworden ist. Der junge Mann ist am Sonnabendmittag im Lokal Moorale an der Havel gesehen worden.

Händlicher Zwist hat die 51 Jahre alte Frau des Gelegenheitsarbeiters Maude aus der Wienerstraße in den Tod getrieben. Die Leute lebten seit Jahren in Unfrieden. Als vorgestern nachmittag es wieder Streit gegeben hatte, schickte die Frau ihre dreizehnjährige Tochter von Hause weg und nahm, während ihr Mann sich in der Küche befand, in der Stube Schweinefleisch Grün. Die Frau starb noch vorgestern abend im Krankenhaus am Urban.

Die Diensträume der vom königlichen Bauinspektor Höpfer verwalteten VI. Polizei-Bauinspektion sind am 3. Oktober d. J. nach der Schönhauser-Allee 41 verlegt worden.

Zu Tiergarten vergiftet hat sich ein junger Mann, dessen Persönlichkeit noch nicht festgestellt ist. Ein Schugmann fand die Leiche in der Nähe des großen Sterns heute morgen und sorgte für ihre Ueberführung nach dem Schauhaus. Bei ihr lag ein Glaschen mit dem Rest einer Flüssigkeit und ein kleines Glas.

In seiner Wohnung erschoss sich vorgestern abend der Aufseher Hermann Kasper aus der Stralauer Allee 12. Der Mann war seit mehreren Jahren im Sommer in großen Gartenwirtschaften angestellt, zuletzt in Treptow, und erst vor wenigen Tagen wieder nach Berlin gezogen.

Seinen Verletzungen erlegen ist ein unbekannter Mann, der in der Nähe des Kolonnenwegs auf dem Tempelhofer Felde schwer verletzt aufgefunden und bewußtlos nach dem Krankenhaus am Urban gebracht wurde. Der Verunglückte hatte einen Weidenbruch und Zerreißungen innerer Organe. Ein Rad eines schweren Wagens muß ihm über den Leib gegangen sein. Wie der Unfall sich zugegangen hat, weiß man nicht. Der Verunglückte ist wahrscheinlich unbemerkt überfahren worden, hat sich von der Chaussee noch mühsam ein Stück seitwärts geschleppt und ist dann in der Dunkelheit hilflos liegen geblieben, bis man ihn kurz nach 9 Uhr abends fand. Er soll ein Arbeiter Karl Müller sein.

Die erste öffentliche Amtshandlung der neuen Kriegsgerichte ist die Leichenschau an dem in Tegeler Forst freiwillig aus dem Leben geschiedenen Fahnenjunker Reife vom Eisenbahn-Regiment Nr. 3, 8. Komp. Dieselbe wurde am Mittwochvormittag seitens einer Gerichtskommission des Kriegsgerichts der 2. Garde-Infanterie-Division vorgenommen, welcher die Eisenbahn-Brigade unterstellt ist.

Eine der wichtigsten und meistbeschäftigten Kriegsgerichte wird, auch für die Zivilbevölkerung Berlins, das neu geschaffene Kommandanturgericht sein. Dasselbe hat nämlich über sämtliche Vergehen, welche die Sicherheit des Orts gefährden, sowie über alle Nachvergehen abzurteilen. Zu den Funktionen des Kommandanturgerichts gehören auch sämtliche Requisitionen seitens der Militärbehörden des Reichs, sowie auch fremder Staaten, als Forderung auf Fahnenfälligkeit, Aufhebung sogenannter unsicherer Kantonten usw. Zum Militärjustizbeamten dieses Gerichts ist Staatsanwalt Dammann, welcher bisher in Anrich, früher beim hiesigen Kriminalgericht des Landgerichts I Berlin tätig war, ernannt worden. Berufungsinstanz für die Entscheidung dieses Gerichts ist nur das Gouvernements-Gericht, welches den Charakter eines Ober-Kriegsgerichts besitzt.

Die Sicherheitszustände am Maibacher spotten, wie uns ein dortiger Anwohner schreibt, zur Zeit jeder Beschreibung. Gegen Mitternacht, wenn die Kassen am Maibacherdamm geschlossen, verteilt sich der Strom der Zuhälter und Dirnen auf die benachbarten Straßen; vorzugsweise wird aber das Maibacherufer von dieser Gesellschaft in Anspruch genommen. Dann geht Nacht für Nacht ein Mordalieren los, wie man es kaum für möglich halten sollte unter einer Polizeiverwaltung, die für jeden ehrenhaften Arbeiter, der als Streikposten rabig seiner Pflicht nachgeht, eine Anzahl Schuppleute in Bereitschaft hält. Hörtliche Schlägen werden von dem Gesindel geliefert. Zwanzig bis dreißig Reuscheln gehen unter Gebüll und wästen Schimpfreden aufeinander los und prügeln sich. Dirnen kreischen dazwischen und zum Ueberflus nicht sich in den Höllenlärm noch das Geheul von einem Dutzend Kettenhunden auf den benachbarten Holzplätzen. Dieser Drogenabbath dauert oft stundenlang; besonders fühlbar ist er des Sonnabendnachts, wo die Bewohner tatsächlich an Schlaf kaum denken können. Wie es unter solchen Zuständen mit der persönlichen Sicherheit am Maibacher bestellt ist, braucht wohl kaum gesagt zu werden; es ist tatsächlich so weit gekommen, daß man nach Mitternacht diese Gegend nicht anders als bewaffnet passieren kann.

Strasenspernung. Die Königsbergerstraße vom Rüstenerplatz bis zur Wemelerstraße wird behufs Legung von Doppelgleisen vom 5. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Zum Wohnungslack an der Oberspree. Ueber die Freigabe der Leiche des Eisenarbeiters Witt, der bei dem verhängnisvollen

Gerüstesturz an der Oberspree sein Leben lassen mußte, ist von der Staatsanwaltschaft auch gestern noch keine Bestimmung getroffen; die Leiche liegt auch jetzt noch auf demselben Platze, wohin man sie nach der am Montag, 1. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr stattgefundenen Katastrophe gebettet hat, da die Staatsanwaltschaft überhaupt noch keine Bestimmung derselben hat vornehmen lassen. Auch die übrigen Kommissionen, die Gerichts- und Baukommission waren, was verwunderlich erscheint, bis gestern mittag noch nicht auf der Unglücksstelle zu lokalen Feststellungen erschienen, so daß auch jetzt noch alles beim alten ist. Die Frau des getöteten Witt, welche erst Mittwoch von einer Reise zurückgekehrt ist, wollte ganz ihren toten Mann sehen und ihn einlängen lassen, es mußte ihr aber beides verweigert werden, weil die Leiche nicht berührt oder in ihrer Lage verändert werden darf; auch ist ihr Aussehen durch die Gesicht- und Schädelverletzungen, welche das Gehirn bloßgelegt und die Hirnblut schiefgetrieben haben, ein so schreckliches, daß man der weinenden Frau diesen Anblick schon aus Menschenfreundlichkeit ersparen mußte. — Das Befinden der übrigen Opfer der Katastrophe, soweit sie noch in der jetzt vom Dr. H. Stabel geleiteten Klinik der Unfallstation III untergebracht sind — der frühere Leiter Dr. Bode hat seit dem 1. Oktober die chirurgische Abteilung des Krankenhauses in Neu-Weihensee übernommen — ist im allgemeinen befriedigend. Auch den schwer verletzten Monteur Hedenstein, der mit Wundfieber zu kämpfen hat, hofft man durchzubringen, jedoch wird er und der gleichfalls sehr schwer verletzte Arbeiter Linde mehrere Monate in der Klinik zubringen müssen. Die andren beiden, die Arbeiter Münze und Bogel, dürften eher entlassen werden können, obgleich sie auch hart daniederliegen. Nur der in Hausbehandlung entlassene Bergmann dürfte, sobald sein gebrochener Arm geheilt ist, die Arbeit wieder aufnehmen können.

Unter Hinterlassung einer bedeutenden Schuldenlast ist der Gold-, Silber- und Bijouteriewaren-Händler Hugo Wolf aus der Chausseest. 122 verschwunden. Wolf kaufte von hiesigen großen Geschäften und reiste in der Provinz umher, um seine Waren anzusetzen. Das Geschäft ging auch eine Zeitlang, geriet dann aber ins Stocken. Um es wieder flott zu machen, nahm Wolf einen stillen Teilhaber, dessen Einlage wurde jedoch durch die Unkosten und die persönlichen Auswendungen Wolfs aufgebraucht, ohne daß die geschäftliche Lage besser wurde. Nun sollte auch noch die Frau des stillen Teilhabers mit ihren persönlichen Vermögen einbringen, sie war jedoch vorzeitig und rettete ihr Geld. Vor vierzehn Tagen ging Wolf wieder auf Reisen und ließ zunächst nichts von sich hören. Nach acht Tagen schrieb er seiner Frau von der schweizerischen Grenze, daß er sein Geschäft nicht mehr halten könne und nicht zurückkehren werde. Seitdem wurden bei der Frau auch fällige Wechsel vorgezeigt, konnten aber nicht eingelöst werden. Der Zusammenbruch wurde offensichtlich und über das Vermögen des Verschwindenden das Konkursverfahren eröffnet. Am schlimmsten geschädigt sind die hiesigen Geschäftshäuser, die sich mit Wechseln bezahlen ließen, und der stille Teilhaber. Man spricht von einer Unterbilanz von etwa 100 000 M. Der Aufenthalt Wolfs ist noch nicht bekannt.

Die vollständigen Kurse Berliner Hochschullehrer werden Ende Oktober wieder ihren Anfang nehmen. Die Erfahrungen der beiden früheren Jahre zeigen, daß damit ein wirkliches Bedürfnis der Berliner Bevölkerung befriedigt wird und daß die eigentliche Arbeiterschaft, wie von vornherein beabsichtigt war, die überwiegende Zahl der Zuhörer gestellt hat. Die größte Schwierigkeit bei diesen Kursen besteht darin, daß sowohl in den naturwissenschaftlichen wie geisteswissenschaftlichen Vorlesungen den Zuhörern gewisse grundlegende Kenntnisse fehlen, die zum raschen Verständnis erforderlich sind; deshalb sollen nach Beschluß des Ausschusses künftig immer neben den Spezialvorträgen auch Einführungskurse in die fundamentalen Wissenschaften nebengegeben. In diesem Winter wird Privatdocent Dr. Wolfenstein einen Elementarkursus in Chemie mit Experimenten veranstalten. Auch für die geisteswissenschaftlichen Vorträge hat sich ein solches Bedürfnis herausgestellt. Bisher ist bei den Kursen über Rechtswissenschaft, Literatur und Kunst usw. ein gewisses Mindermaß des Verständnisses dadurch entstanden, daß die allgemein üblichen, meist dem Latein entnommenen Ausdrücke der wissenschaftlichen Sprache, die auch bei vollständigen Vorträgen nicht ganz umgangen werden können, erst erklärt werden mußten. Man will daher in diesem Winter den Versuch machen, durch Einrichtung eines lateinischen Elementarkurses eine gewisse Abhilfe zu schaffen, wofür gleich bei der Gründung der Kurse Hermann Grimm sich lebhaft ausgesprochen hatte und womit man in Wien sehr gute Erfahrungen gemacht hat. Professor Diels und Privatdocent Dr. Helm beabsichtigen in sechs mit Übungen verbundenen Vorlesungen die Teilnehmer des Kurses in die Anfangsgründe der lateinischen Sprache einzuführen und sie soweit zu fördern, daß sie eine allgemeine Anschauung vom Bau und Wortvortat dieser Sprache erhalten und somit den in die modernen Sprachen aufgenommenen lateinischen Elementen nicht mehr fremd und verständnislos gegenüberstehen. Nach fleißiger Teilnahme an diesem Kursus wird es sogar möglich sein, leichte lateinische Schriftstellen ohne weitere Hilfe zu lesen. Abgesehen von der erheblichen Förderung an allgemeiner Bildung, die mit der Erlernung jeder fremden, und namentlich einer so bedeutenden Kultur-sprache verbunden ist, dürfte der lateinische Elementarkursus auch manchen willkommen sein, deren Veranlassung eine gewisse Kenntnis des Lateins wünschenswert macht. Ausführliche Programme der Vortragskurse sind in der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, W. Köthenerstr. 23 II, kostenfrei zu haben.

Die Krania wird, vielfachen Wünschen entsprechend, den Vortrag „Eine Wanderung durch die Weltanschauung in Paris“ nach kurzer Zeit in ihrem Institut in der Invalidenstr. zur Wiederholung bringen; demselben wird dann Mitte Oktober ein Vortrag des Herrn Generalstabsarzt von Hesse-Wartegg über China folgen.

Aus den Nachbarorten.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen in Nizdorf. Am 11. Oktober finden bekanntlich die Erswahlen für unsre Bezirk das bekannte Urteil des Oberverwaltungsgerichts aus der Stadtverordneten-Versammlung hinausgedrängten Parteigenossen statt. Die Wahlbureau für die dritte Wählerklasse befinden sich für den Bezirk I im evangelischen Vereinshaus, Richardplatz 10; für den Bezirk 2 im Dollmacherschen Lokal, Bergstr. 67; für den Bezirk 3 im Hildebrandtschen Lokal, Berlinerstr. 105; für den Bezirk 4 in der Reinen Welt, Hofenstraße 108/114; für den Bezirk 5 im Wittenbergischen Lokal, Prinz Handjerystr. 69; für den Bezirk 6 im Hartmannschen Lokal, Köpstr. 59; für den Bezirk 7 im Grassfunderschen Lokal, Hermannstraße 156.

Die Erhöhung des für Nizdorf behördlich auf 2,40 M. festgesetzten Tagelohns. Sages, der der Vermessung des Krankengelds für die Mitglieder der Allgemeinen Nizdorfer Orts-Krankenkasse zu Grunde liegt, hatte der Stadt. Bach als Mitglied der Gewerbe-Deputation angeregt. Den Anlaß dazu hatten die lebhaften Klagen vieler erwachsener Kassenmitglieder über das geringe Krankengeld von 7,20 Mark wöchentlich geboten. Bürgermeister Voigt veranlaßte darauf den Vorstand der Kasse zu einer gutachtlichen Aeußerung. Diese lag der Deputation in ihrer gestrigen Sitzung vor. Der Kassenvorstand hat danach einstimig die Erhöhung des Sages für erwachsene männliche Arbeiter — es handelt sich um alle Verufe — von 2,40 M. auf 3 M. für durchaus notwendig erklärt. Nach seinen Feststellungen betrug der tägliche Durchschnitts-verdienst der erwachsenen männlichen Mitglieder im Januar 3,33 M. und im Juli 3,64 M. Da mit der gewünschten Erhöhung das Krankengeld von 1,20 M. auf 1,50 M. täglich steigen würde, wäre allerdings eine Erhöhung der Beiträge zugleich geboten. Herr Stadt-

rat Granier, der Vorsitzende der Deputation, vermochte die Notwendigkeit der Erhöhung des durchschnittlichen Tagelohns nicht recht einzusehen. Stadtv. Bach wurde aufgefordert, seine Gründe noch einmal darzulegen, was er denn auch that. Es verwies darauf, daß die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Nixdorf die gleichen seien wie in Berlin. Der Durchschnittslohn der Nixdorfer Arbeiter in ihrer Allgemeinheit übersteige 2,40 M. ganz wesentlich und unter den obwaltenden Verhältnissen sei mit einem Krankengeld von 7,20 M. in Nixdorf wenig anzufangen. — In der Angelegenheit sprachen verschiedene andere Mitglieder der Deputation. Obwohl die betreffenden Herren als Arbeitgeber im wirtschaftlichen Leben stehen, erklärten sie sich alle gleich dem Vorsitzenden dagegen, zur Zeit die Festsetzung eines höheren Tagelohns im Sinne des Krankenversicherungs-Gesetzes zu befürworten. Es wurde beantragt, die Sache bis zur Erledigung der in Aussicht stehenden Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz zu vertagen. Der Antragsteller, ein Junngsmann, meinte, die Löhne würden sich nicht auf der jetzigen Höhe halten und durch die Veränderung des Gesetzes würde „manches anders werden“. Ein weiterer Redner, ebenfalls Bürgerdeputierter aus den Reihen der Arbeitgeber, führte aus, den Arbeitern würde wahrscheinlich eine Erhöhung der Beiträge nicht passen. Stadtv. Bach trat diesen und ähnlichen Darlegungen entgegen. Der erwähnte Antrag auf Vertagung wurde gegen die eine Stimme Wachs angenommen, nachdem ein bürgerlicher Stadtverordneter vor einer „Begründung“ der Angelegenheit gewarnt hatte. Der Herr hatte Grund zu der Warnung, denn die ganze Art, wie die Gegner den Antrag Wachs behandelten, hatte etwas von einem Leidenbegnügen an sich. — In einer späteren Sitzung will sich Herr Stadtrat Granier ausführlich über die Verhältnisse der Ortskasse äußern. Er deutete an, daß er so manches daran auszuweichen habe. Schlußliche Andeutungen hatten schon vorher einige der Redner gemacht. Zur Erklärung dürfte die Mitteilung dienen, daß die Kasse von Socialdemokraten verwaltet wird. Wir kommen darauf zurück.

Der Plan, in Nixdorf eine kaufmännische Fortbildungsschule zu errichten, ist von der Gewerbe-Deputation vorläufig aufgegeben worden. Als die Deputation der Sache näher trat, glaubte sie mit etwa 90 Schülern rechnen zu können. Auf ein Rundschreiben, das 83 kaufmännische Firmen erhielten, meldeten sich aber nur 19 Lehrlinge unter 18 Jahren zur Teilnahme an Unterricht. Mit Rücksicht auf dies Resultat wurde die Angelegenheit auf ein Jahr vertagt. Es soll dann eine neue Umfrage stattfinden.

Die gewerbliche Fortbildungsschule umfaßt nach einem in derselben Deputations-Sitzung erstatteten Bericht des Kreis-Schulinspektors Dr. v. Komorowsky 17 Klassen, von denen acht Zeichenklassen sind. Am Zeichenunterricht nahmen im letzten Semester 293 Schüler teil, darunter befanden sich 111 Metallarbeiter, 67 Holzarbeiter, 23 Bauarbeiter, 20 im graphischen Gewerbe beschäftigte Personen. Um den 43 Schülern der Unterstufe eine gute Durchbildung abgeben zu lassen, sollen sie ihren Kursus bis Zeichnungen oder Ölfrem weiter nehmen. Der Kreis-Schulinspektor beantragte, für den Fall, daß der von ihm erwartete Eintritt neuer Schüler erfolgt, eine neue Zeichenklasse einzurichten zu dürfen. Die Deputation stimmte dem zu. Der Unterricht in der neuen Klasse soll dem Lehrer Hofrichter übertragen werden. — Die beabsichtigte Einführung des Pflichtunterrichts scheitert an dem Mangel an Lehrmitteln. Das Geld für solche ist auch nicht vorhanden. Die Schuldeputation hat es abgelehnt, 1500 bis 1600 M. vorzuschlagen. Es ist darauf eine Eingabe an die Regierung gemacht worden. Die Antwort steht noch aus. Die Gewerbe-Deputation beschloß auch in dieser Sache Vertagung.

Ueber die Wohnungsnot in Neu-Weißensee wird uns geschrieben: Wilder des tristen Glends erblickte man beim diesmahligen Umgang; waren es doch Dutzende von Familien, die mit armseligem Hausgerät tagelang auf der Straße lampieren mußten, ohne Unterkunft, ohne Wohnung für sich und ihre fast durchgängig zahlreiche Kinderzehr. War doch bei der Wohnungsuche die erste Frage der Hausbesitzer nach der Anzahl der Kinder gerichtet gewesen. Je größer die Kinderzahl, desto herzloser die Abweisung. So mußte es denn kommen, daß bei dem herrschenden Mangel gerade diejenigen keine Wohnung erhielten, welche fünf bis acht und noch mehr Familienmitglieder zählten. Die Gemeinde zeigte sich außer Stande, auch nur annähernd alle diese Obdachlosen unterzubringen; werden doch die knappen Geldmittel zu den ungeheuren so notwendigen Kirchenbauten, zur Ausschmückung der Straßen bei Festlichkeiten usw. verwendet. Wozu durch falsche Sentimentalität sich etwa dazu verleiten lassen, solchen Katastrophen durch vorbeugende Mittel, etwa durch Errichtung von Unterkunftsräumen zuvorzukommen?

Doch, gerecht muß man sein. Es ist in diesen Tagen vieles gehandelt worden zur Linderung dieser Wohnungsnot. Gar oft begegnete man einem Mann oder einer Frau, die freudestrahelnd, einen Zettel in der Hand, irgend einen der gestrigen Hausbesitzer aufsuchten, um dann später Eingang zu halten, mit ihrer Habe in einen Keller oder sonst einen Raum, der bis dahin von der Polizei als gesundheitsgefährlich und als für Menschen unwohnbar angesehen wurde. Der Zettel enthielt die Versicherung, daß diese Räume freigegeben seien.

So löst man die Wohnungsfrage. Die neue „Prachtstraße“ zwischen Schöneberg und Steglitz ist jetzt endlich in ihrer ganzen Ausdehnung fertig, nachdem mit dem Bau bereits vor mehr als zwei Jahren begonnen worden war. Der Name Prachtstraße ist eine Repetier-Erfindung. Wer die ziemlich laib Straße sieht, wird in seinen Erwartungen recht getäuscht sein. Für einziger Vorzug ist ein gutes Asphaltpflaster, weshalb sie von Radlern gern aufgesucht wird.

In Friedrichshagen brannte am Mittwochmorgen der Reddungs-Eis-Schuppen vollständig nieder. Beim Eintreffen der freiwilligen Feuerwehr stand der Schuppen schon in hellen Flammen und die Wehr vermochte das Feuer nur auf den Brandherd zu beschränken, so daß ein in unmittelbarer Nähe befindlicher Wohnraum und die dort verweilenden Personen. Die Entstehung des Feuers wird auf Brandstiftung zurückgeführt. Der Schuppen ist mit 18 000 M. versichert.

Im Kreis-Krankenhaus zu Groß-Lichterfelde ereignete sich, wie uns mitgeteilt wird, vor kurzem folgender Vorgang, der einen beachtenswerten Beitrag zum Kapitel: Behandlung in Krankenhäusern liefert.

Der genannte Heilanstalt wurde am 2. August der Maler August Gebold aus Schmaragdort zugeführt. Am 4. August abends stellten sich bei dem Kranken Krampfanfälle ein, die sich im Laufe der Nacht sechsmal wiederholten, ohne daß dem Patienten Hilfe und Pflege seitens des Vorpersonals zu teil geworden wäre. Am 8. August befand sich der Kranke in einem scheinbar durch Fieberphantasien hervorgerufenen erregten Zustand. Am folgenden Tage, einem Donnerstag, wurde er auf Anordnung des behandelnden Arztes, vielleicht weil Anfälle von Lohsucht zu befürchten waren, in einem besonderen Raum, der im Kellergehoß liegt, untergebracht. Hier ließ man den Patienten bis zum Sonnabend, dann brachte man ihn wieder in eines der Krankenzimmer. Die Mutter Gebolds, welche ihren Sohn am Mittwoch noch ohne jede äußere Verletzung gesehen hatte, fand ihn am darauffolgenden Montag mit verbundenem Kopf. Die Stellen des Gesichts, welche der Verband freiließ, waren stark geschwollen und mit blauen Flecken bedeckt, das Weisze im Auge stark mit Blut unterlaufen. Blau und braune Flecken fanden sich auch hinter den Ohren und am Hals bis zu den Schultern hinab. Die Mutter, durch den Anblick ihres Sohnes aufs höchste entsetzt, wandte sich sogleich an den Krankenhausarzt Dr. Klette und dieser behauptete, der Kranke habe sich die Verletzungen während seines Aufenthaltes in dem Kellerzimmer selber beigebracht. Der stellvertretende Leiter des Krankenhauses Professor Schleich bestätigte die Angaben des Arztes.

Wenn der Kranke sich in einem Anfall von Lohsucht selber so erhebliche Verletzungen zufügen konnte, so war das nur dadurch möglich, daß man den Patienten ohne genügende Aufsicht in einem für den Aufenthalt derartiger Kranker ganz ungeeigneten Raum unterdrachte. Auch das dürfte in einem Krankenhaus nicht vorkommen.

Im hiesigen Arbeitsnachweis der Stadt Schöneberg waren für den Monat September vorhanden: Angebote der Arbeitnehmer 174 (79 männliche und 95 weibliche). Gesuche der Arbeitnehmer 115 (48 männliche und 67 weibliche). Davon wurden erledigt durch Einstellung 100 (39 männliche, 61 weibliche) Personen. Verlangt wurden hauptsächlich Fabrikarbeiter (50), Arbeiterburden und Hausdiener sowie Aufwärtinnen und Fabrikarbeiterinnen. An Dienstmädchen wurden 86 gesucht.

Jahrshefte in der Schule. Eine bemerkenswerte Verfügung über die körperliche Gesundheitspflege der Schüler hat die Regierung in Potsdam an die Orts- und Kreis-Schulinspektoren, die Schuldeputationen und die einzelnen Schulvorstände erlassen. „Es erscheint notwendig“, so lautet die Verfügung, „daß auch seitens der Schule der Jahrshefte größere Aufmerksamkeit als bisher zugewandt wird. Wir ersuchen daher die Schulbehörden, dafür Sorge zu tragen, daß bei dem naturhistorischen Unterricht regelmäßig auf die hohe Bedeutung einer vernunftgemäßen Zahn- und Mundpflege, namentlich auch schon vor der Verhütung von Erkrankungen in Betracht kommt, nachdrücklich hingewiesen und den Schülern die hierfür erforderliche Anleitung gegeben wird.“

Berungslacht? Am Ufer der Spree, zwischen Köpenick und Friedrichshagen, liegt seit Sonntag ein mit Kalksteinen beladener Kahn, dem Schiffsbesitzer Albert Reinke aus Jäsenitz gehörig, ohne jede Aufsicht und ohne Besatzung. Auf dem Fahrzeuge selbst herrscht die größte Unordnung, die Sachen liegen auf Deck und in den Kajüten bunt durcheinander. Wäpder hat sich nur feststellen lassen, daß die Eheleute Reinke selbst mit an Bord waren, aber unheimlich lebten. Wo das Ehepaar mit dem andern Personal geblieben ist, konnte nicht ermittelt werden, deshalb hat man die Heimatsbehörde in Kenntnis gesetzt. Die Ladung ist in Kallberge-Rüdersdorf aufgenommen und für Eichhorst in Dargun bestimmt.

Gerichts-Beitrag.

Im Wendland-Prozess nahm Landgerichts-Direktor Müller gestern die Verhandlungen wieder auf. Diese erstreckten sich wiederum auf die Vorgänge bei der Gründung der Genossenschaft und der späteren Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, sowie auf die Prüfung des Prospekts und seiner tatsächlichen Angaben. Hervorzuheben ist u. a. eine Bemerkung des Vorsitzenden, daß der Angeklagte Wendland die „Allgemeine Vorkenntnis“ für etwa 13 000 M. gekauft und etwa 1 1/2 Jahre später das mit dem Bankgeschäft verbundene Verlagsgeschäft an den Deutschen Bankverein E. G. für 110 000 M. verkauft hat. Was die Streitsache der „Veröffentlichung“ betrifft, so behauptete Wendland nach wie vor, daß der Prospekt lediglich an eine Anzahl von Kunden in geschlossenem Couvert geschickt worden sei und bestritt entschieden, daß der Prospekt auch der „Allg. Vorkenntnis“ beigegeben habe. Die Vernehmung einiger früheren Angestellten der Genossenschaft brachte in dieser Beziehung keine belastende Aufklärung. Lehrreich waren die Verklarungen des früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Privatiers Hilmar v. Wille. Er hat sich, wie er auf Befragen des Vorsitzenden angab, um die sonstige Geschäftsführung nicht bekümmert, sondern vorwiegend die Kasse revidiert. Dabei hat ihm nicht immer ein beglaubigter Abzählungsbuch vorgelegen, er hat, wie er sagte, immer vollstes Vertrauen zu den Angaben Wendlands gehabt, um so mehr, als er wußte, daß der Rechtsanwalt Dr. Max Hoffmann der Syndikus der Genossenschaft war. Er hat auch die Prüfung des Prospekts nicht vorgenommen, auch in dieser Beziehung der besseren Einsicht des Herrn Wendland vertraut und seinerseits die Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien aus dem Grunde für empfehlenswert gehalten, weil er immer gehört hatte, daß bei Aktien-Gesellschaften viel Geld verdient werde.“ (Geheuerheit.)

Auch die übrigen Aufsichtsratsmitglieder haben sich nach den Befragungen dieses Zeugen auf eine besondere Prüfung der Kassenablässe nicht eingelassen, sondern volles Vertrauen zu Wendland gehabt und das, was dieser ihnen vorlegte, unterschrieben. Zeuge v. Wille konnte auch nichts darüber bekunden, was die Einzelnen in die Genossenschaft eingebracht haben, sondern hat davon nur „par distance“ gehört. Für seine Stellung als Aufsichtsrat hat der Zeuge Gehalt nicht bekommen, sondern nur für die Sitzungen des Aufsichtsrats an Veräumnungskosten je 3-5 M. erstattet erhalten. — Rechtsanwalt Lewin II als Verteidiger des Angeklagten Soednick, läßt sich von dem Zeugen bestätigen, daß kein Klient in wesentlichen Vorkenntnissen war und sich sonst um die Geschäftsleitung so gut wie gar nicht bekümmert hat. — Rechtsanwalt Leonh. Friedmann hob durch Befragen des Zeugen hervor, daß die Geschäftsablässe für 1895 und auch wahrscheinlich für 1896 durch den Bücherrevisor Bierstedt revidiert worden seien. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß Wendland in wunderbarer Weise Aufsichtsratsmitglieder beschafft zu haben scheint; das geht aus einem Brief eines Hauptmanns v. Schulz hervor, in welchem es heißt: „Lieber W! Ich hatte keine Wohnung, daß ich Aufsichtsrat bin; da ich Staatsbeamter bin, kann ich einen solchen Posten unmöglich annehmen u. c.“ — Der Zeuge Rechtsanwalt Dr. Max Hoffmann ist Syndikus der Genossenschaft gewesen. Nach seiner Kenntnis der Dinge war Wendland die Seele des ganzen Unternehmens; in den Aufsichtsrats-Sitzungen hat er gewöhnlich über den Stand der Dinge referiert und genoh bei den Aufsichtsrats-Mitgliedern volles Vertrauen. Der Zeuge ist mit einer Einzahlung von fünfshundert Mark Genossenschaftler geworden und der Sache überhaupt dadurch näher getreten, daß Wendland, dessen außerordentliche Kraft er kennen gelernt, sein Klient war. Einige Zeit vor der Liquidation ist Zeuge aus der Genossenschaft ausgetreten. Er hat die Lage der Genossenschaft, soweit er sie aus den Berichten kannte, nicht für ungünstig gehalten und ein Aufgeben der genossenschaftlichen Form der Geschäftsabhandlung gutgeheßen können. Bezüglich der Umwandlung habe zwischen ihm und Wendland Meinungsverschiedenheit bestanden. Während er die Form einer einfachen Aktiengesellschaft anriet, habe Wendland die Form der Kommanditgesellschaft auf Aktien vorgezogen, um durch das Eintreten der persönlich haftenden Gesellschafter mit ihrem ganzen Vermögen das volle Vertrauen der Geschäftsleiter zu dem Unternehmen zum Ausdruck zu bringen. Dem gegenüber hob der Vorsitzende hervor, daß die gute Aufsicht, selbst in die Verträge zu springen, von Wendland nicht ausgeübt worden sei. Derselbe habe vielmehr seine eigenen Aktien schlüssig abgeschoben und beispielsweise das Kassa-Konfortium mit 150 Stück dieser noch gar nicht vorzinsfähigen Aktien beklagt. Rechtsanwalt Dr. Hoffmann, der Mitglied dieses Kassa-Konfortiums war, hat letzteres als „stille Gesellschaft“ aufgeführt, die mit ihren eigenen Mitteln in einer Gruppe spekuliert und dazu sich der Vermittlung des Deutschen Bankvereins bediente, dem sie eine Provision für seine Mithewaltung zahlte. Diese Tatsache widerspreche also nicht der vom Staatsanwalt monierten Behauptung des Prospekts, daß die Genossenschaft sich nie an Spekulationen beteiligt habe.“ — Als Belastungszeuge wurde auch ein Landwirt aus Braunshweig vernommen. Nach seiner Behauptung hat er auf Grund der sehr günstigen Angaben des Prospekts Aktien übernommen. Insbesondere will er dazu auch durch die Angabe des Prospekts bewogen sein, daß der Stellenbestand 285 000 M. betrage. Der Zeuge ist später Aufsichtsrats-Mitglied der Kommanditgesellschaft geworden und hat eine größere Summe verloren. — An die Zeugenvernehmungen schlossen sich eingehende Gutachten der Sachverständigen über alle bei der Prüfung der Angaben des Prospekts in Betracht kommenden Fragen. Der Vorsitzende hofft, mit den Verhandlungen am Freitag zu Ende zu kommen.

Eine von schweren Folgen begleitete That führte gestern den Kaufmann Otto Ferdinand Vignerski unter der Anklage der schweren Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vor die dritte Strafkammer des Landgerichts I. Vignerski hatte in der Nacht zum 1. Juli eine Bierreise unternommen. In angetrunkenem Zustande geriet er noch spät in der Nacht in das Lokal des Schankwirts Hanke in der Linienstraße. Hier schließ

er bald auf seinem Stuhl ein. Der Sohn des Wirts, der 22-jährige Ruffler Hanke, wedte ihn und forderte ihn auf, sich zu entfernen, da das Lokal geschlossen werden solle. Bei dieser Gelegenheit kam es zwischen beiden zu einem Wortwechsel. Hanke folgte dem Hinweggewiesenen auf die Straße hinaus. Die Vignerski behauptet, hat Hanke ihm mehrere Schläge ins Gesicht versetzt, sodas er mit den Ellenbogen und Armen auf das Pflaster fiel. Seiten Regenschirm habe er in der Hand gehalten, die Spitze desselben habe etwa einen Fuß lang über die Schulter hinausgeragt. Hanke müsse über ihn gefallen und dabei mit dem Auge in die Spitze des Regenschirms geraten sein. Dem Hanke ist die Spitze durch das Aug- ins Gehirn gedrungen; er ist sofort bewußtlos geworden und bald darauf verstorben. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwindl, berief sich auf mehrere ärztliche Gutachten darüber, daß die Art der Verletzung für die Glaubwürdigkeit der von dem Angeklagten gegebenen Schilderung spreche und die Sachverständigen erkannten auch an, daß der Befund eine solche Annahme wenigstens zulasse. Es trat zuletzt aber ein einwandfreier Zeuge auf, der eine ganz andre Darstellung des Vorfalles gab. Er habe sich einige Schritte entfernt von Vignerski befunden und genau gesehen, daß dieser mehrere Stöße mit der Spitze seines Regenschirms gegen das Gesicht des vor ihm stehenden Hanke führte. Der letztere sei plötzlich lautlos zusammengebrochen. Auf Grund dieser Aussage kam der Gerichtshof zu der Ansicht, daß die Strafkammer zur Aburteilung der That nicht kompetent sei, die Sache wurde dem Schwurgericht abgewiesen.

Die Orts-Krankenkasse zu Homburg v. d. Höhe hatte in der außerordentlichen Generalversammlung vom 19. Juli 1899 eine Statutenänderung beschlossen, die sich auf die Wahl der Vertreter zur Generalversammlung bezog. Und zwar hatte man eine Art proportional-Wahlweise in vorgezogen. Unter anderem wurde bestimmt: Dem Vorstand sind vor der Wahl Listen mit den Namen der Kandidaten zu unterbreiten. Diese werden als Grundlage für die Wahl nur anerkannt, wenn sie die Unterschrift von mindestens 30 Wahlberechtigten tragen. Kandidaten, welche auf mehreren Listen verzeichnet sind, haben selber zu entscheiden, auf welcher Liste sie bleiben wollen. Wer auf keiner der anerkannten Vorschlagslisten steht, kann nicht gewählt werden. Die Stimmzettel sind zusammengefaßt bei der Wahl abzugeben. — Der Bezirksausschuß versagte zunächst der Statutenänderung die Genehmigung, weil im Gesetz für die Vertreterwahl geheime Wahl vorgeschrieben sei, hier aber von einer solchen nicht die Rede sein könne. Der Vorstand der Kasse beantragte mündliche Verhandlung und hatte die Genehmigung, daß der Bezirksausschuß nunmehr die Genehmigung erteile. Das Gericht nahm jetzt an, daß das Prinzip der geheimen Wahl durch die Abgabe geschlossener Stimmzettel genügend gewahrt sei. Der Regierungskommissar, der das öffentliche Interesse zu wahren hat, legte Revision ein und machte geltend, daß trotz der Abgabe geschlossener Stimmzettel der Vorschrift des Gesetzes, daß die Vertreter in geheimer Wahl zu wählen wären, nicht genügt sei. Alles andre vollziehe sich in der Öffentlichkeit. Auch sei schon vorher festgesetzt, wer zu wählen sei; die Wahlberechtigten seien an eine bestimmte Zahl von Personen gebunden. Es wäre anzunehmen, daß der Reichstag bei Aufnahme der fraglichen Bestimmung in das Gesetz mit geheimer Wahl sein eigenes Wahlsystem gemeint habe. Das Ober-Verwaltungsgericht hob die Entscheidung des Bezirksausschusses auf und erkannte dahin, daß die Genehmigung zu jener Statutenänderung zu versagen sei. Das Gericht ging davon aus, daß die freie Wahl und die geheime Wahl, deren Begriffe zusammenzufassen, nicht verträglich seien mit diesem Proportionalwahlsystem.

Der Totschlag an dem Schlosser Alexander Brinz aus Berlin, dem dieser in Stettin zum Opfer fiel, hat nunmehr vor dem dortigen Schwurgericht seine Sühne gefunden. Wie wir seiner Zeit ausführlich berichtet, war P. am 25. August d. J. zur Teilnahme an einer Hochzeit im Hause seiner in Stettin wohnenden Verwandten nach dort gekommen und hatte bald nach seiner Ankunft daselbst in Begleitung seines ihm vom Bahnhof abholenden Schwagers einige Gastwirtschaften besucht. Als beide in vorgerückter Nachtstunde auf dem Heimweg begiffen waren, geriet P. mit einigen vor einem Tanzlokal stehenden jungen Männern in einen Wortwechsel, in dessen weiterem Verlauf P. einen Messerstich in die rechte Halsseite erhielt, der die Hauptschlagader traf und nach wenigen Minuten den Tod des Bedauernswerten herbeiführte. Der brutale Messerheld wurde noch in derselben Nacht in der Person des 18-jährigen Arbeiters Emil Schulz von dort ermittelt und zur Haft gebracht. Dieser hatte sich nun wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang vor Gericht zu verantworten. Die Geschworenen erklärten ihn einstimmig für schuldig und lehnten die Jubilierung mildernder Umstände ab. Der Staatsanwalt hielt eine zehnjährige Zuchthausstrafe für eine angemessene Sühne. Der Gerichtshof zog indessen das jugendliche Alter des Angeklagten in Betracht und erkannte auf fünf Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Vermischtes.

Vater und Mutter. Ein ganz ungewöhnlicher Vorgang wird aus Erlangen gemeldet: Ein zwölfjähriges Mädchen von dort genas dieser Tage eines kräftigen Mädelchens. Als Vater des neuen Weltbürgers wurde ein fünfzehnjähriger Burche ermittelt!

Vom Suez-Kanal. Infolge Strandens des von Norfolk (Virginia) kommenden Dampfers „Emir“ liegen zehn Schiffe, darunter mehrere Postdampfer, im Kanal fest.

Nach Meldungen aus Saksu brach in den Kaphthagraben von Vibi-Ghat ein Brand aus, wodurch ein Schaden von mehr als 200 000 Rubel herbeigeführt wurde. Auch in Sabinthala haben 103 Kaphthagraben durch Feuer schwer gelitten.

Marktpreise von Berlin am 3. Oktober 1900
nach Ermittlungen des hgl. Polizeipräsidiums.

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut D. Gt.	—	Kartoffeln, neue, D. Gt.	6.—
— mittel	—	Rindfleisch, Seile 1 kg	1,00
— gering	—	— do. Band	1,30
Hoggen, gut	—	Schweinefleisch	1,60
— mittel	—	Rathfleisch	1,60
— gering	—	Dammfleisch	1,60
1) Weizen, gut	15,80	Butter	2,90
— mittel	14,50	Eier 60 Stk	4.—
— gering	14.—	Karpfen 1 kg	2.—
2) Hafer, gut	15,80	Kaie	2,60
— mittel	14,50	Hamber	2,50
— gering	13,80	Rechte	2.—
Richtstroh	6,66	Darische	1,80
Heu	7,30	Schleie	2,40
Erbsen	40.—	Biere	1,40
Speiseerbsen	—	Krebst	30.—
Binsen	70.—		

frei Wagen und ab Bahn.
Produktmarkt vom 4. Oktober. Auf dem Getreidemarkt entwickelte sich heute wider Erwarten schwache Tendenz, trotz der hohen New Yorker Notierungen. Inländisches Angebot namentlich für Weizen läßt einen Druck aus. Auch waren rentable russische Roggenanfragen am Markt. Roggen stellte sich durchschnittlich 0,60 M. bis 0,75 M. niedriger. Weizen war für vordere Termine wenig verändert, für spätere um 0,50 M. bis 0,75 M. schwächer. Hafer stellte sich etwas feher. Rindf. war unverändert. Spiritus gab um 20 Pf. nach.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt. Ludwig S. u. S. wäre gut, wenn Sie Freitag kommen könnten. — a. Danzleben. Die Nachwahl findet am 18. Oktober statt, unser Kandidat ist wie bisher Tischlermeister Gerlach.

Weiter-Prognose für Freitag, den 5. Oktober 1900. Zunächst trocken und meist feiner bis ziemlich kräftigen südlichen Winden und steigender Temperatur; nachher Trübung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.